

Abonnements
wachen beim Verlag und besten
bekanntesten Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
voraus zahlbar.
Wierteljahrsspreis von:
Mk. 4.50 für Deutschland (direkt
zum Verlag)
Mk. 5.75 für Oesterreich (direkt
zum Verlag)
Mk. 6. — für alle übrigen Länder
des Weltverkehrs (Postzuschlag).
Inserte
die bezugsfreie Zeitdauer
3 Monate — 25 Bl. — 50 Gll.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erstet
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.
Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach England folgen Doppelpost.

№ 17.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wollen man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel sollte man auf die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen. In gewissen Fällen eingeschrieben.

23. November 1889.

Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Ein Vergleich.

Der Artikel der „Kölnischen Zeitung“, dem wir in unserer vorigen Nummer in der politischen Uebersicht eine Betrachtung widmeten, ist in seiner Art typisch für die politische Denkweise der deutschen Bourgeoisie. Er charakterisiert ihre Unfähigkeit und Feigheit in wahrhaft klassischer Weise. Und er ist gerade eine Herausforderung zu einem Vergleich des Verhaltens der deutschen Bourgeoisie mit dem der Bourgeoisie anderer Länder, insbesondere Englands, auf das der von der Größe und Herrlichkeit des neuen Reiches durchdrungene deutsche Philister mit so großer Ueberlegenheit herabzublicken liebt.

Wir sind weit entfernt davon, blinde Verehrer der englischen Zustände zu sein. Ganz abgesehen von ihrer Ungleichheit gegenüber der sozialistischen Kritik, liefern sie auch sonst dem Auge des Beobachters so viel Schattenseiten dar, daß sie nur derjenige übersehen kann, der sie nicht sehen will. In vielen wichtigen Gebieten des öffentlichen Lebens ist man in England, wenn auch nicht grade stehen, so doch rückständig geblieben, die Vergangenheit drückt vielfach stärker als anderwärts auf die Gegenwart — und Mißbräuche, die längst hätten beseitigt werden können, ohne daß der Bestand der bürgerlichen Gesellschaft erschüttert worden wäre, fristen noch heute mürrisch ihr Dasein, mitten in der Atmosphäre modernster Errungenschaften.

Aber dieses Fortdauern mittelalterlicher Einrichtungen ist doch mehr ein Zeichen einer gewissen Schwerfälligkeit, als etwa der Unfähigkeit. Und was man sonst auch dem englischen Bürgertum vorwerfen kann — seine Respektabilitätshebel, seine Bigotterie, seine Einseitigkeit im Denken, eines kann man ihm — ja selbst dem englischen Adel nicht vorwerfen: und das ist Freiheit. Oder, um auch hier nicht in unsern Jugendschwärmereien zu weit zu gehen, nicht die jammervolle Charakterlosigkeit, die Furcht zum politischen Prinzip zu erheben.

Was aber ist es anders, als die öffentliche Verkündigung der Feigheit als politisches Leitmotiv, wenn man erklärt: wir brauchen das Sozialistengesetz als Korrektur des allgemeinen Wahlrechts?

Um dieses lächerliche Promingiaments der Furcht doch etwas zu beschönigen, weist das nationalliberal-konservative Kartell, voll mit großer Empfindung darauf hin, daß England zwar kein Sozialistengesetz, aber auch nicht das allgemeine Wahlrecht habe.

Eine wahrhaft kindliche Anosucht. England hat allerdings keinen „gemalten Staatsmann“, der heute sprunghaft das allgemeine Wahlrecht einführt, und daneben das „elendeste aller Wahlsysteme“ bis in alle Ewigkeit konserviert; es ist in seiner Wahlreform sehr langsam vorwärts gegangen, es hat den Kreis der Wahlberechtigten nur schrittweise erweitert, aber es ist vorwärts gegangen, und zwar bewußt vorwärts gegangen. Heute ist es soweit, daß zwar bei Weitem nicht alle, aber doch der größte Theil der englischen Arbeiter in Stadt und Land das Stimmrecht haben, und zum allgemeinen Wahlrecht nur noch ein kleiner Schritt ist. Und auf den Programmen beider großen bürgerlichen Parteien stehen Verbesserungen des Wahlrechts und der Wahlrechtsausübung — von Rückwärtsrevisionen, Einschränkungen u. s. w. zu reden, fällt selbst dem reaktionärsten Konservativen nicht ein. Dabei ist das englische Parlament eine Macht, der deutsche Reichstag aber nichts als eine Schwachhude.

Und denkt wirklich in England Niemand an eine „Korrektur“ des erweiterten Wahlrechts?

Sicherlich denken viele Leute daran. Es wäre gradezu wider den natürlichen Gang der Dinge, wenn das nicht der Fall wäre. Der politische Selbsterhaltungstrieb zwingt sogar die herrschenden Klassen, an solche Korrekturen zu denken. Es kommt nur darauf an, wie und wo man dieselben sucht.

Als 1867 Disraeli das Wahlrecht in den Städten auf alle Bewohner einer eigenen Wohnung (household suffrage) ausdehnte, da war es ein Führer der Konservativen — wenn wir nicht irren, der spätere Lord Selbourne — der den Satz aussprach: „Now we must educate our masters — nun müssen wir unsere Herren erziehen.“ Und als „Korrektur“ der Erweiterung des Wahlrechts ging man an die Reform des Volksschulwesens, das zwar noch weit davon entfernt ist, vollkommen zu sein, aber seit jener Zeit enorme Fortschritte gemacht hat. Im deutschen Reichstag dagegen stellt sich ein jungerlicher Bourgeois, der Führer der sachlichen Konservativen, Frage, hin und bekannert: die Kirchen müssen voller und die Schulen leerer werden. Und kein Mitglied seiner Partei, das dagegen protestiert hätte.

Auch als Gladstone — nachdem der Begriff der selbständigen Inhaber von Wohnungen auf Abminderung von Zimmern ausgebeugt worden war — 1884 die Ausdehnung des Wahlrechts auf die ländlichen Distrikte durchführte, und gleichzeitig eine gleichmäßigere Wahlkreiseinteilung vorgenommen wurde, wüßten er und seine Partei sehr gut, und sprachen es auch offen-

aus, daß sie damit die Macht der Arbeiterklasse, wenigstens potentiell, bedeutend erhöhten. Aber trotzdem es damals bereits eine, zwar noch nicht starke, aber sehr eifrige sozialistische Propaganda in England gab, wagten sie dennoch diesen Schritt, und haben seitdem die „Korrektur“ desselben darin gesucht, die Arbeiterklasse durch Aufnahme von Forderungen derselben in's liberale Aktionsprogramm für die liberale Partei zu gewinnen.

Ja, sagt hier irgend ein Kugelschwärmer Bennigsen: —

Die englischen Arbeiter sind im Gegensatz zur sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland in der Hauptsache auf bestimmte, vielleicht sehr weitgehende praktische Ziele gerichtet, meistens auf einzelne bestimmte Ziele. Damit weiß ich das bestehende Publikum in England abzustimmen und muß mich abstimmen, und noch und noch haben die Arbeiter mit dieser Art der Agitation erhebliche Ergebnisse für sich erzielt.

Wie ist es aber in Deutschland? Die Bewegung für diese praktischen Ziele — die überläßt die Sozialdemokratie der Bourgeoisie und der Reichsgesetzgebung; sie selbst beschäftigt sich mit viel höheren Dingen...

So wörtlich nachzulesen im amtlichen Stenogramm der Reichstags-Sitzung vom 20. Oktober.

Stimme das „sehr richtig“, das der stenographische Bericht an dieser Stelle verzeichnet, die „Deutsche Bourgeoisie und die Reichsgesetzgebung“ — was immer sich der Herr unter dem letzten Wort gedacht hat — „müßten sich mit erhabenen Händen bei der deutschen Sozialdemokratie dafür bedanken, daß sie ihnen das Feld praktischer Thätigkeit und die damit verbundene Gelegenheit, die Herzen der deutschen Arbeiter im Sturm zu erobern, so unbestritten überläßt. Denn die deutschen Arbeiter, die gewiß nicht auf den Kopf gefallen sind, wissen den Sperring in der Hand gegenüber der Taube auf dem Dach ganz gut zu würdigen.

Thatsächlich aber muß es an der jürrischen Stelle „grundfalsch“ heißen. Die deutsche Sozialdemokratie beschäftigt sich nur wenig mit der „allgemeinen Umwälzung“ wie Herr Bennigsen ihr unterrichtet, aber — und das ist freilich ein Poch für die „deutsche Bourgeoisie und die Reichsgesetzgebung“ — sehr viel mit den „bestimmten, praktischen Zielen der Arbeiter“. Doch selbst das würde ihr schwerlich so schnell zu der Macht verholfen haben, die sie thatsächlich besitzt, wenn nicht die „deutsche Bourgeoisie und die Reichsgesetzgebung“ das Vertrauen und die Achtung der deutschen Arbeiter so gründlich verschert hätten.

Es ist ja im Grunde herzlich wenig, was der englische Liberalismus bis jetzt an eigentlichen Arbeiterforderungen in sein Programm aufgenommen hat, aber er hätte das Doppelte, das Dreifache, das Zehnfache davon aufnehmen können — wenn er sich gleichzeitig unterlassen hätte, den englischen Arbeitern die Schmach eines Ansehelsgesetzes wie das deutsche anzuthun, so würde er nun und nimmer ihre Unterstützung erhalten. Und an Anlässen, ein solches zu erlassen, hat es durchaus nicht gefehlt. Die Arbeitslosen-Agitation der Jahre 1886 und 1887, die Unruhen am Trafalgar Square, trugen für die Bourgeoisie ein etwas ernsteres Gesicht als die Schüsse von Dödel und Kobilting. Statt jedoch nach einem Polizeigesetz zu schreien, fingen die englischen Liberalen an, die Arbeiterfrage zu studieren, und daß sie es nicht ganz ohne Frucht gethan, zeigt das in voriger Woche beschlossene Aktionsprogramm der Londoner Vereinigten Liberalen und Radikalen, auf dem u. A. der achtundzwanzigste Maximalarbeitstag für alle von den staatlichen u. Behörden unternommen und angeordneten Arbeiten figurirt. Daneben die Ausdehnung der Fabrikgesetze, die Abschaffung der Venerierung von Thee, Kaffee und Kakao, Verklärung (nicht Ausdehnung, Herr von Bennigsen!) der Legislaturperioden und Gewährung von Diäten an die Vollervertreter.

Die „deutsche Reichsgesetzgebung“ steht befaßlich die „Korrektur des allgemeinen Wahlrechts“ u. A. auch in der Diäten-Losigkeit der Abgeordneten und den Diätenprozessen.

Mit einem Wort, wenn die deutsche Bourgeoisie nach Gründen für ihre völlige Abwirthschaftung bei der Arbeiterklasse sucht, dann greife sie gefälligst nur in ihren eigenen Busen. Ihre Erbärmlichkeit im Verein mit der Genialität ihres Adgotts von Kanzler sind es, die das Sozialistengesetz zur „unerlässlichen Reichsinstitution“ machen.

Die englischen Politiker sind wahrhaftig keine Herenmeister, aber mit einem Bißchen mehr Muth und einer Poiss Habgier weniger haben sie zehnmal mehr erreicht als die Deutschen, die sich hochtrabend Idealisten nennen und dabei die ärgsten Krämmerlein sind.

Von unserm engern Parteistandpunkt haben wir das ja nicht zu bedauern, inwiefern wir es ja sind, denen die Früchte dieser Saat in den Schooß gefallen. Immerhin bitten wir unsere englischen Freunde, uns nicht zu sehr zu beneiden. Nicht daß wir ihnen die Opfer entgegenhalten wollten, die die Niedertracht der Feinde der deutschen Sozialdemokraten auferlegt. Diese werden von unserm Gewissen gern, wir dürfen sagen, mit Stolz getragen. Aber in die Gemüthung über unsere Siege mischt sich der Vermuthungstropfen, daß sie errungen werden über Gegner, die wir nicht fürchten, ja nicht einmal hassen, die wir nur von Grund aus verachten.

Aus den Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Mehrfach gedehnten Wünschen entsprechend, bringen wir hiermit einige Auszüge aus den Reden unserer Vertreter im Reichstoge während der großen Sozialistendebatte. Voller müssen wir uns jedoch mit Rücksicht auf den knappen Raum unseres Blattes auf die Wiedergabe ganz besonders eindrucksvoller Stellen beschränken.

Genosse **Zinger** (Sitzung vom 4. November, Belagerungszustand-Bericht): ... Meine Herren, wie ein altes Sprichwort schon sagt, daß das Ende das Ziel krönt, so hat es auch die schlaue Staatsregierung mit ihrem Verdict gemacht. Der Inhalt dieses Verdicts ist charakteristisch für die ganze Auffassung der sozialistengesetzlichen Maßregeln. Die königliche Regierung läßt noch einmal die Gründe zusammen und sagt schließend:

Die Maßregeln müssen erneuert werden, damit alle Druckschriften sozialdemokratischen Inhalts, welche sich zu einem Verbot auf Grund des Sozialistengesetzes und zur demnachstigen Beschlagnahme nicht eignen und mangels spezieller Rechtsverlegung auch sonst nicht verfolgt werden können, wenigstens von der öffentlichen Verbreitung ausgeschlossen sind.

Meine Herren, in diesem Satz liegt die Begründung und aber auch die Beurtheilung dieses Reichstagsverdicts. Es liegt den verbündeten Regierungen, soweit sie sich mit diesem Reichstagsverdict identifizieren, nach ihren eigenen Worten nicht mehr daran, diejenigen Dinge, zu deren Bekämpfung das Sozialistengesetz erlassen worden ist, nämlich die sogenannten „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ zu verhindern, nein, es liegt ihnen daran, alle Druckschriften sozialdemokratischen Inhalts aus der Öffentlichkeit zu verdrängen. Sie treten sich mit dieser Handhabung des Sozialistengesetzes einfach in den Dienst des Kapitalismus, indem sie jede Möglichkeit, diesen Klassen gegenüberzutreten, zu verhindern. Meine Herren, vor einigen Tagen wurde hier im Hause die Meinung ausgesprochen, daß die verbündeten Regierungen nichts weiter als der Verwaltungsanstalt der Bourgeoisie seien, und der stellvertretende Leiter der verbündeten Regierungen hat ja auch auf einem Punkte, welches die Industriellen Englands und Schottlands ihm gaben, erklärt: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie“.

(Widerpruch.)
— Jamohl, dieses „wir arbeiten ja nur für Sie“, ist in Arbeiterkreisen gehört worden, und meine Herren, die Auffassung, welche die verbündeten Regierungen in diesem Verdict zum Ausdruck bringen, ist nichts weiter als die Umkehrung dieses „wir arbeiten ja nur für Sie“; denn indem sie jede sozialdemokratische Bestrebung aus der Öffentlichkeit zu verdrängen wollen, erschöpfen sie die gesamte Arbeiterbewegung, legen sie allen Bestrebungen, die darauf hinausgehen, die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern, einen Keuchel an und vernichten diese Bestrebungen. Und zu wessen Gunsten? Zu Gunsten der Besitzenden, zu Gunsten jener Klassen, die heute von der Ausbeutung der Arbeiter einen unmäßigen Gebrauch machen.

Meine Herren, wir, meine Freunde und ich, verzichten darauf, Anträge an diesen Reichstagsbericht zu stellen. Wir wissen, daß solche Anträge hier keine Annahme finden würden; wir sind auch der Meinung, daß in Rücksicht darauf, daß dies ganze Gesetz demnachst diskutirt werden wird, in diesem Augenblick nicht die Zeit dazu wäre.

Aber, meine Herren, ich will mir noch einmal herbeireden, daß Herr als lang dieser Bericht aus demselben hat, daß das Gesetz in anderen Dingen gehandhabt wird, als für die es erlassen worden ist, daß es die Arbeiterklasse als solche ist, der man den stechenden Sozialistengesetz angelegt hat, daß es die Arbeiterbewegung, welche sich auf die Verlangung besserer Lebens- und Lohnverhältnisse richtet, ist, welche durch das Sozialistengesetz erschrocken werden soll und zum großen Theil bereits erschrocken ist.

Das sind, meine Herren, nach unserer Ueberzeugung die Motive, nach welchen die Handhabung dieses Gesetzes angeführt wird. Daß wir trotzdem der Ueberzeugung sind, daß eine Partei wie die unsere, welche ihnen bei den nächsten Wahlen wiederum nachweisen wird, wie lebensfähig trotz aller Unterdrückungsmaßregeln sie ist, nicht untergehen und nicht vernichtet werden kann, das ist so selbstverständlich, daß ich darüber kein Wort zu verlieren brauche. Der Sozialdemokrat kann und wird das Sozialistengesetz immer nur zur höchsten Ehre gerathen. Die Sozialdemokratie, welche an diesem Gesetze sieht, daß die herrschenden Parteien und die verbündeten Regierungen es aufgehoben haben, ihr mit geistigen Mitteln entgegenzutreten; die Sozialdemokratie, welche an diesem Gesetz und an der Handhabung desselben sieht, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nur noch der Gebrauch der brutalen, nackten Gewalt ist, mit welcher sie sich vor der Sozialdemokratie schützen kann, — die Sozialdemokratie hat dieses Gesetz nicht zu fürchten. Für Sie aber, meine Herren, für die verbündeten Regierungen, welche es vorbringen, für Sie, welche es annehmen werden, ist und bleibt dieses Gesetz ein Monument der Schande.

(Große Narbe.)
Präsident: Ich muß den Herrn Abgeordneten doch noch schließend zur Ordnung rufen.

(Proba! redat.)
wegen des zuletzt gebrauchten Ausdrucks. Ich habe ihm mehrere starke Ausdrücke durchgehen lassen, die ich unter anderen Umständen nicht zugelassen haben würde; aber die letzte Aeußerung kann nicht ungerügt bleiben.

Genosse **Frohme:** ... Meine Herren, anfangs hat man geglaubt sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß wenigstens die in der Reichsgewerbenordnung dem Arbeiter garantierte Koalitionsfreiheit zum Zwecke der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen unangefastet bleibe. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Ganz abgesehen von den Thatsachen, die ja jeder Tag neu in diesen zehn Jahren gebräut hat, wonach die Regierungen und die Polizeibehörden alles Mögliche gethan haben, dem Unternehmertum in dem Kampfe gegen die Arbeiter beizustehen, abgesehen davon, brauchen wir uns ja nur auf den Reichstagsbericht selbst zu beziehen. Wir lesen da über Berlin:

Gleichzeitig trat die agitatorische Thätigkeit auch auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Bewegung hervor. Hier galt es, in den einzelnen Betrieben zunächst die Unzufriedenheit der Arbeiter mit den bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen nachzuarufen, denn zu befürchten, die Unzufriedenheit zu ihren Arbeitgebern in möglichst scharfen, unverhüllten Gegensätzen zu bringen. Tiefe Behauptung, daß die gewerkschaftliche Bewegung nur der Deckmantel für destruktive, auf den Umsturz des Bestehenden gerichtete Bestrebungen sei, ist nicht neu; die offizielle Presse hat sie im Laufe der letzten Monate fast täglich und in mannigfaltigen Variationen erhoben, — wir sind daran gewöhnt. Aber, meine Herren, man vertritt es, wenn man die Sache fast und rüchig prüft, denn doch eigentlich nicht, wie die Regierungen fortgesetzt wieder von diesem alten verbrauchten Schlagworte, von der Erregung der Unzufriedenheit der Arbeiter sprechen. Ich behaupte, es ist nicht nöthig, durch agitatorische Klänge die Arbeiter

zur Unzufriedenheit erst anzugehen; die Bedürfnisse für Unzufriedenheit sind in unseren ganzen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen gegeben. Aber freilich, wenn der Arbeiter, auf dessen Thätigkeit, auf dessen Kraft Staat und Gesellschaft und ihre Fortentwicklung beruhen, wenn der Arbeiter tritt und erkauft, daß er entsprechend dem Steigen der Preise, entsprechend der Bereicherung der ganzen Lebenshaltung einen höheren Lohn haben müsse, wenn er darauf bedacht ist, seine Lage zu verbessern, dann sind gewisse „Arbeiterfreunde“ sofort bei der Hand, um über künstlich erzeugte und genährte Unzufriedenheit zu sprechen. Sie, meine Herren, (besonders auf seiner Seite (rechts), haben gar kein Recht, über Unzufriedenheit der Arbeiter zu klagen; denn wenn jemand Unzufriedenheit an den Tag gelegt hat mit der wirtschaftlichen, sozialen Lage, dann sind Sie es gewesen.

(Zuruf.)

— Gewiß! Ihre Unzufriedenheit ist beseitigt worden zum Theil durch die Schutzpolitik. War Ihre and der Unzufriedenheit reinlichende Wirtschaftspolitik auf etwas anderes gerichtet, als darauf, möglichst große Profite einzubringen? Ganz bestimmt, lediglich darauf hat es sich gehandelt! Sie werden dem Lande niemals glauben machen können, daß es sich wirklich um die Hebung der kleineren Landwirtschaft gehandelt hat. Im Uebren, der Großgrundbesitzer Profit hat es sich gehandelt, in diesem Zweck hat die Schutzpolitik das arbeitende Volk mit gebundenen Händen den privilegierten Kornwucherern überantwortet.

(Lachen rechts.)

Meine Herren, wenn man im preussischen Landtage — lachen Sie nur, Sie werden gleich noch mehr „zu lachen“ haben

(Zuruf rechts: Was freud mich schon darauf!)

— wenn man im preussischen Landtage mit Rücksicht auf die Erhöhung und das Steigen der Preise dem herrschenden Fürsten, welcher bereits eine Rüstliste von über 12 Millionen besitzt und außerdem noch ganz bedeutende Einnahmen aus seinem Privatvermögen hat,

(Zwischenruf rechts)

— wenn man ihm, sage ich, 3/4 Millionen mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Preise mehr bewilligt, da ist von „Unzufriedenheit“ keine Rede, das versteht sich ganz von selbst. Wenn aber die Arbeiter auftreten und sagen: wir können bei dieser jetzigen schwierigen Situation, bei dem beschändigen Steigen der Preise aller Lebensmittel und der Wohnung nicht mehr bestehen, — wenn die Berliner Maurer und übrigen Bauhandwerker kommen und erklären: wir wollen wenigstens die Garantie für ein Arbeitereinkommen von 5—6 Mark täglich haben, — da lacht alle Welt über „revolutionäre“, „unfürsorgliche“ Bestrebungen, und die Regierung brüht in ihrem Redenschafterbericht ihr Segel darauf. Auch sie wendet sich gegen die künstlich genährte Unzufriedenheit, die Arbeiter dürfen ja nach ihren Begriffen nicht unzufrieden sein. Mundhalten, Stillhalten und Danken für die gnädigen Prügeln, das ist nach ihrer Moral die Pflicht der Arbeiter.

Wenn Sie sich über Unzufriedenheit in den arbeitenden Klassen beklagen, wenn Sie dieselbe als so gefährlich sich gegenüber erachten, dann sollten Sie sich hüten, selbst durch Unterstützung der Behörden und auch der Regierung in Sachen der Sozialistengefahr neuen Stoff dazu zu geben, daß Unzufriedenheit und Erbitterung geizt wird. Glauben Sie denn, die Arbeiter empfinden es nicht, wenn ihnen das Recht, welches reichsrechtlich feststeht, das „rein menschliche Recht“, wie es seiner Zeit hier im Reichstage genannt worden ist, die Arbeitskraft möglichst hoch zu verwerthen, um einen möglichst hohen Antheil von der Produktion zu erhalten, — glauben Sie, die Arbeiter empfinden es nicht, wenn ihnen dieses Recht in so geradezu rüchlicher Weise unmöglich gemacht werden soll? Und meinen Sie, diese Arbeiter mit den schönen Phrasen von „Ordnung“ und „Friedensliebe“ hinter sich führen zu können? Täuschen Sie sich nicht selbst! Sie haben schon sehr viel unter Selbsttäuschungen zu leiden gehabt; aber wir wollen nicht unterlassen, Sie immer wieder ans neue zu warnen. Ihnen immer wieder ans neue zurufen: Lernen Sie, gerade sein! Sie sind gewarnt — und Sie, meine Herren von der Regierung, auch!

(Weiterkeit rechts.)

Gewisse Liebsworte (Sitzung vom 5. Nov. Sozialistengesetz)

Sie haben mit Ihrem Sozialistengesetz nach jeder Richtung hin Bankrott gemacht; die Zwecke, welche Sie erreichen wollten, haben Sie nicht erreicht, wohl aber haben Sie die Korruption in ihre eigenen Reihen und in das Innerste Ihres Klassenstaats gebracht. Sie haben — und damit komme ich noch auf etwas zurück, was ich vorhin bloß andeutete — Sie haben die staatsbildende, die staatsgründende Kraft des Sozialismus nicht verstanden! Der heutige Staat kann sich nur dadurch verhalten, daß er den Sozialismus auf dem Wege der Gesetzgebung einführt. Vor dieser sozialen Revolution stehen Sie; für können Sie nicht ausweichen, sie muß sich vollziehen. Die Frage ist bloß die: soll die soziale Revolution auf gesetzlichem Wege durchgeführt werden, oder wollen Sie die Dinge gehen lassen, wie sie gehen, und die Gesellschaft mißsammt dem Staat in den Abgrund hineinschleudern, den Sie angeblich vermeiden wollen? Die Sozialdemokratie ist gerade die Partei, auf welche der Staat, wenn Staatsmänner an der Regierung wären, in erster Linie sich stützen müßte; denn die Sozialdemokratie umfaßt als Personen die Arbeiterklasse.

Was ist Deutschland ohne seine Arbeiter? Sie werden mir einwerfen: es gibt Arbeiter, die keine Sozialdemokraten sind. Ich sage: jeder zieldenkende und gebildete Arbeiter ist Sozialdemokrat, und die anderen, die sich gescheit werden, überlassen wir Ihnen! Und Sie sorgen schon dafür, daß sie gescheit gemacht werden. Was wollen Sie ohne die Arbeiter machen? Sie haben dieses Gesetz so angefaßt, daß die Arbeiterklasse es als gegen sich gerichtet hinnehmen muß; alle Arbeiter in Deutschland, soweit sie klar sind über ihre Lage, über ihre Stellung im Staate, über die Aufgaben des Staates, sind empört über dieses Gesetz, und so haben Sie die besten Elemente im Staate, die Elemente, ohne die Sie überhaupt nicht existieren können, von sich gestoßen, und die Unzufriedenheit, die Ihre Wirtschaftspolitik unter dem arbeitenden Volk erzeugt, durch Ihr Sozialistengesetz zu glühendem Haß gesteigert. Was wären Sie ohne die Arbeiter? Wenn Sie alle, meine Herren, nach Amerika gingen, und nur die Arbeiter blieben hier, dann würden wir um kein Haar drei schlechter stehen, vielleicht noch besser; wenn aber die Arbeiter weggingen, und Sie zurückblieben, dann könnten Sie alle verhungern. Ohne die Arbeiter können Sie nicht sein, und die Arbeiter entfremden Sie dem heutigen Staat, die, welche Ihre Schlägen zu schlagen haben, wenn das Vaterland etwa in Gefahr kommen sollte. Und den Sozialismus, der allein diesem alten Staat einen neuen Geist einflößen kann, haben Sie durch dieses Gesetz zu tödeln.

Kann zum Schluß! Meine Herren, wir stehen, wie ich gesagt, nicht als die Besiegten vor Ihnen; wir haben einen eifrigen Kampf gegen Sie geführt, und in diesem Kampfe sind wir Sieger geblieben; die Besiegten sind die Gefallenen sind Sie!

Sie können und nicht überwältigen, Sie mögen versuchen, was Sie wollen. — Sie haben ja wohl das Märchen gelesen von dem Bauer und dem Kobold. Ein Bauer fühlte sich in seinem Hause beunruhigt durch einen bösen Geist, den er nicht los werden konnte; derselbe war bald in der einen Ecke und bald in der anderen und war nicht zu fangen. Der Bauer redete hierauf, um den Ploggeist fassen zu können, wurde das Haus an und meinte: da muß er doch sicher verbleiben! — und fuhr dann mit seinen sieben Sachen weg, und als er ein paar Schritte weit gefahren war, hörte er hinter sich das Röhren des Kobolds, der ihm rief: da war es aber sehr heiß; es ist gut, daß wir zusammen fortgegangen sind! — Die Sozialdemokratie treffen Sie so wenig wie der Bauer den Kobold; aber Sie reden das Haus an, in dem wir alle wohnen!

Es ist wiederum eine neue Idee in die Welt gekommen, eine neue Revolution, umfassender, großartiger als die damalige. Nicht der dritte Stand, nicht das Bürgerthum ist es; jetzt ist es die Arbeiterklasse. Es gilt, für die alte bürgerliche Gesellschaft neue Bahnen zu finden, — gerade wie es damals galt, an Stelle der alten feudalen Gesellschaft die junge bürgerliche Welt zu legen. Diesen Reformen haben Sie sich verweigert; jetzt stehen Sie am Scheidewege!

(Zuruf rechts: Im Gegentheil!)

— Ach, Sie selbst glauben ja nicht an Ihre Sozialreform; sonst hätten Sie das Sozialistengesetz nicht erlassen und dieses neue Gesetz nicht einbringen können. — Jetzt stehen Sie am Scheidewege, gerade wie da-

mals, vor jetzt 100 Jahren. Entscheiden Sie gegen den Geist der Neuzeit, dann kommt die Katastrophe, — (ach! rechts)

dann kommt ein neues und größeres Reich! Dem können Sie nicht ausweichen. Es fällt mir nicht ein, für meine Partei an Ihr Gefühl einen Appell zu richten; aber bedenken Sie das Interesse des Vaterlandes, bedenken Sie Ihr eigenes Interesse! Die Entscheidung ist eine solche, die kaum wieder rückgängig zu machen ist. Bedenken Sie: Staaten zerstören ist leichter als Staaten gründen und festigen.

(Zehr wahr! rechts. Weiterkeit.)

Das Sozialistengesetz soll also, wie vorgeschlagen worden ist, vor eine Kommission kommen. Wir können selbstverständlich nicht für eine Kommission stimmen. Wir können Ihnen bloß zurufen: Thun Sie, was Sie nicht lassen können; wir werden in jedem Fall unsere Schuldigkeit thun.

Weineidentrüstung und politische Heuchelei.

Von einem Freund unseres Blattes wird uns geschrieben:

„Besänftlich ist von den Urhebern und Verteidigern des Sozialistengesetzes in Ermangelung brauchbarer Gründe das Vorgehen von dem Meineidestills der Sozialdemokratie wieder in die Debatte geworfen worden. Nachdem die betreffenden Abgeordneten im Reichstage bereits ihre Abfertigung gefunden haben, treiben sie jetzt in der Presse ihr ungläuberes Wesen. Durch sämtliche deutsche Reptilienblätter geht jetzt folgende Notiz:

„In den letzten Sozialistendeckungen wurde den Sozialdemokraten vorgeworfen, daß sie den Meineid in politischen Prozeßen billigen oder beschließen. Dieser Vorwurf wurde aber von sozialdemokratischer Seite „mit Entrüstung“ zurückgewiesen. Der „Hamburger Korrespondent“ ist in der Lage, aus der Nummer vom 10. Dezember 1886 des „Sozialdemokrat“ folgende Stelle als Beleg beizubringen:

„So begrifflich das Bestreben ist, die Freunde und Genossen durch günstige Auslagen von einer Anklage zu befreien und so erklärlich es namentlich dann ist, wenn es sich um Vergehen gegen Gesetze handelt, die unserem Rechtsgefühl als verwerflich, als infam erscheinen, die eine freche Verhöhnung unserer natürlichen Rechte bedeuten, so müssen sie doch dies Gefühl namentlich da unterdrücken, wo diese Auslage mit einem Meineidprozeß beantwortet werden kann. Wir haben schon früher erklärt, daß wir in solchen Fällen den Meineid als eine entehrende Handlung nicht betrachten können und halten das auch aufrecht, aber damit wollen wir ihn keinesfalls empfohlen haben, sondern warnen die Genossen eindringlich vor einem solchen. Von anderen Bedenken ganz abgesehen, wird ihnen ja die einfache rathenerische Regel sagen, wie falsch es wäre, um eine Gefängnisstrafe von drei, selbst sechs Monaten zu vermeiden, sich einer mehrjährigen Judthausstrafe auszuliefern.“

Hier also in dem Amtsblatte der Umstürzer ist der Meineid prinzipiell als nicht entehrend erklärt und nur aus Opportunitätsrücksichten davor gewarnt. Wenn es sich demnach um die Verletzung eines „Genossen“ von einer schwereren Strafe oder darum handelt, die Befreiung der Sozialdemokratie überhaupt oder der Führer der Partei vor einem Gerichtshofe zu verhindern, dann wird nach obiger Regel der sozialdemokratische Zeuge nicht zögern dürfen, den „nicht entehrenden“ Meineid zu leisten. Es ist dies ein dießigen Kapitel aus dem Kodex der politischen Moral der Sozialdemokratie.“

So die Reptilien.

Worüber ärgern Sie sich denn eigentlich? Der von Ihnen zitierte Artikel des „Sozialdemokrat“ erklärt sich doch entschieden genug gegen den Meineid. Ja, aber er verurtheilt ihn nicht als eine entehrende Handlung! Das ist das Berednerische nach der Reptilien-Moral.

Nun, auf die Gefahr hin zu einem neuen Jetergeleier der Reptilienblätter und ihrer Hintermänner Berathung zu geben, erklären wir, daß wir auch heute noch, gerade wie vor drei Jahren, mit dem „Sozialdemokrat“ durchaus der Ansicht sind, daß wenn Jemand, um einen Freund, den eine ehrenhafte Handlung auf die Anklagebank gebracht hat, vor langer Gefängnisstrafe und einem Justizmord zu bewahren, ein Zeugnis ablegt, durch welches er sich selbst der Gefahr des Judthausaussetz, derselbe wohl eine strafbare, aber keine ehrlose Handlung begeht.

Gehtes kann das nur sein in den Augen eines Menschen, der keinen Sinn für Ehre hat.

Die Herren Reptilien und Reptilienvertreter fragen wir bloß, ob sie nicht wissen, daß bei der Beurtheilung einer Handlung es vor Allem auf die Beweggründe ankommt? Wenn sie das nicht wissen, wohlten, so haben sie von dem ABC der Ethik und Moralphilosophie, ja der Rechtsprechung keine Begriffe. Oder wissen sie nicht, daß jeder Richter verpflichtet ist, nach den Beweggründen einer Straftat zu forschen, und daß er verpflichtet ist, die Strafe je nach den Beweggründen abzumessen? Wissen sie nicht, daß der Richter ein pflichtgerechter Jude wäre, der einen unerfahrenen Jüngling, welcher — sagen wir: durch unerlaubte Oeffnung einer Thüre einen Kameraden vor einer Disziplinarstrafe bewahren wollte, für gleich schuldig stellen wollte mit einem abgemessenen Spitzhaken, der einem Spiegelfeilen die nämliche Thüre öffnete, damit das Haus ausgeplündert werden konnte?

In einem französischen Trauerspiel sucht der Held den Ruf einer Dame, die sich um feinstenwilligen Kompromittirt hat, durch eine Unwahrheit zu retten, die er mit seinem Ehrenwort bekräftigt. Und die Moral des Stückes ist, daß ein solches Ehrenwort zwar unter normalen Umständen weder zu rechtfertigen noch zu billigen ist, daß es aber bei einem Konflikt der Gefühle unter Umständen gegeben werden kann, welche es jeden mehrerhabenen Charakters entfeinden, ja den Geber als einen edlen Menschen erscheinen lassen. Statt falschen Ehrenworte lege man Meineid, und wir finden, daß in jenem Trauerspiel genau derselbe Gedanke ausgesprochen und vertreten ist, der den Artikel des „Sozialdemokrat“ vom 10. Dezember 1886 bildet hat.

Nur ein Jbiot oder ein Dumpe kann in dem Ansprechen dieses einfach menschlichen, und für jeden Menschen von Herz und Charakter selbstverständlichen Gedankens eine Empfehlung des Meineids finden.

Ober glauben die Reptilien zum Beispiel auch, daß die französischen Royalisten und deutschen Konservativen, welche um kein Haar die Wäberin Marat's, Charlotte Corday, als ein Wäber der Tugend, des Gelübdes und des Hoffmanns priesen, damit den politischen Mordmord hätten „empfehlen“ wollen. He?

In's Kapitel der „politischen Heuchelei“ mit vieler „Meineidentrüstung!“ Denn gerade die Ordnungsparteien, aus deren Mitte der Vorwurf des Meineidestills gegen die Sozialdemokratie erhoben wird, falliren selbst den Meineid auf's Schamloste, und haben für jeden der hundert sächsischen Gidbrüche, die wir in Deutschland seit 1848 erlebt, eine Rechtfertigung und Berherrlichung gefunden und die Meineidstärken gefeiert und feiern sie noch — wie ja auch der Meineidspaff Stäcker, der, nicht um Andere zu retten, sondern um Andere zu schänden, beschwor, einen Menschen nicht zu kennen, den er erwiesenermaßen sehr gut kannte, noch heutzutage unbestraft und ihr Mann ist.“

Soweit der werthe Gensdener. Wir sehen und veranlaßt, seinen Ausführungen noch einige Bemerkungen untererleits anzufügen.

Um sich zu überzeugen, daß er auch von rein formellen Standpunkt in seinen obigen Darlegungen durchaus das Richtige getroffen, braucht man sich nur das Strafgesetzbuch selbst, bezw. die Paragrafen desselben, die vom Meineid handeln, näher ansehen. Dort werden verschiedene Fälle angeführt, unter denen der Gesetzgeber den Meineid mißbillig bestrafen will, ja sogar die Umwandlung der entehrenden Strafe des Judthauses in die bloße Gefängnisstrafe vordrängt. Als ein solcher Ausnahmefall wird z. B. bezeichnet, wenn ein Zeuge

„die falsche Aussage zu Gunsten einer Person, rüchlich welcher er die Aussage ablehnen dürfte, erstattet hat, ohne über sein Recht, die Aussage abzulehnen zu dürfen, belehrt worden zu sein.“

Als solche Personen, rüchlich deren die Zeugen-Aussage abgelehnt werden darf, bezeichnet das Gesetz sehr nahe Verwandte x. Es erkennt an, daß wo es sich um solche handelt, der Zeuge in einem Konflikt

der Gefühle gerüth, wo die Gefahr des Strauchens so nahe liegt, daß es gerathen ist, um des Konflikts lieber ganz zu entgehen; daß aber, wenn dies unterließ, die Grundzüge der Menschlichkeit eine mildere Auffassung des Vergehens vorschreiben.

Weiter möchte unter den bestehenden Verhältnissen der Gesetzgeber nicht gehen, obwohl eine sehr einfache Ueberlegung sagt, daß ein ebensolcher, ja noch viel schwererer Konflikt der Gefühle eintreten kann, auch wo es sich nicht um nahe Verwandte und dergleichen handelt. Das offensichtlich anerkennen, bedeutet jedoch heute die „Staatsraison“, die Rücksicht auf die „öffentliche Ordnung“. Denn, daß ist immer festzuhalten, das Strafgesetzbuch ist kein Moralkodex, es bestraf die Handlungen nicht, weil sie unmoralisch sind, sondern weil sie gegen die bestehende Ordnung mehr oder minder grob verstoßen, ihre Aufrechterhaltung bedrohen. Man kann sehr unmoralisch handeln, ohne mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt zu kommen, man kann aber auch vor dem Gesetz ein großer Verbrecher und doch persönlich ein durchaus reiner Charakter sein.

Wir geben nun keineswegs so weit, daraufhin zu sagen: Strafgesetzbuch hin, Strafgesetzbuch her, thue jeder, was sein eigener Moralkodex gestattet, und lache er zu, wie er sich vor Gericht durchwürgt, oder je nachdem durchläßt. Nein, gerade als Sozialisten erkennen wir die Pflicht des Individuums gegen die Gesamtheit an, und vielleicht in viel höherem Maße als irgend eine andere Partei, und weiter erkennen wir an, daß die heutige Gesellschaft, mangelhaft wie sie ist, doch das Recht hat, von dem, der den Schatz ihrer Gesetze beansprucht, auch zu verlangen, daß er sie, so lange sie bestehen, beobachtet. Wer das letztere nicht will, begiebt sich auch des Anspruchs auf den Ersten, und, logisch genommen, haben diejenigen, welche gegen die Gesellschaft den Kampf individuell führen zu müssen glauben, und sich durch keines ihrer Gesetze gebunden erklären, kein Recht sich zu beschweren, wenn die Gesellschaft ihnen gegenüber nach den gleichen Maximen verfährt, statt des Gesetzes die Willkür in Anwendung bringt.

Mit anderen Worten, wir geben zu, daß die Frage des Eides sozial, in Berücksichtigung der gesellschaftlichen Interessen aufgefaßt werden muß. Wofür wir eingetretten sind, und noch eintreten, ist lediglich, daß bei Beurtheilung des Meineids, wie bei jedem anderen Vergehen, die Umstände berücksichtiget werden, daß auch in Berücksichtigung auf ihn anerkannt wird, daß eine Handlung strafbar sein kann, ohne zugleich notwendigerweise schimpflich zu sein.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 19. November 1889.

„Parlamentämde“ ist das deutsche Bürgerthum — jaunert ein bürgerliches Organ, die „Magdeburger Zeitung“. Ein prächtiges Gedächtniß, das in diesem Wort: „parlamentämde“ enthalten ist. Parlamentämde — das heißt: müde des Parlaments, müde des Parlamentarismus. Was ist denn das „Parlament“, der „Parlamentarismus“? Unter einem Parlament versteht man eine sogenannte „Volksvertretung“ nach dem Recept des bürgerlichen Liberalismus; und unter Parlamentarismus das System der Volksvertretung und Regierung, welches der bürgerliche Liberalismus sich eingerichtet hat und in welchem er das Ideal der Staatskunst erblickt.

Und jetzt hören wir auf einmal, daß das deutsche Bürgerthum „parlamentämde“ ist, — müde des Parlaments und des Parlamentarismus. Und wir hören es nicht bloß, wir sehen es auch an den leeren Bänken des Reichstags, auf denen die Herren Volksvertreter der Majoritätspartei nicht zu sehen sind.

Von der Reichs- oder Reichstags-Schwärzerei der patriotischen Herren Kartellbrüder hatten wir bereits wiederholt zu sprechen Gelegenheit. Dieser Erscheinung, die keine zufällige und keine vorübergehende ist, den richtigen Namen gegeben zu haben, ist ein Verdienst, welches wir der nationalliberalen „Magdeburger Zeitung“ gern zufließen lassen, obwohl sie das Wesen und die Bedeutung dieser Erscheinung nicht begriffen hat.

Parlamentämde — das beugt, daß das deutsche Bürgerthum, nachdem es ein seiner politischen Ideale nach dem Andern sein und aus neuerlicher Selbstsucht über Bord geworfen hat, nun auch von seinem höchsten Regierungsideal nichts mehr wissen will, dessen „müde“ geworden ist. Mit anderen Worten: die Parlamentämde ist das Gedächtniß der politischen Abbanlung.

Nicht daß das Gedächtniß uns überraschen konnte! Die deutsche Bourgeoisie hat politisch längst abgedankt, das ist eine Hundertmal von uns festgestellte Thatsache. Neu ist bloß, daß die Bourgeoisie es jetzt auch nicht mehr für nöthig hält, den Schein zu wahren, und daß sie keinen Anstand mehr nimmt, ihre politische Abbanlung aller Welt zu verklären.

Der Wechselbalg des Scheinparlamentarismus, den der preussische Junker- und Polizei-Staat mit der deutschen Bourgeoisie gezeugt hat, war von jeher, seinem Ursprung und seinem Zwecke nach, nur das „Fleischblatt des Abolitionismus“, allein dieses Fleischartig gezeichnet dem bürgerlichen Liberalismus doch zur Verabingung — es beschwichtigte seine Strupel, und zwei Jahrzehnte lang wurde der Norddeutsche Reichstag und seine Fortsetzung: der deutsche Reichstag, von unserer liberalen Bourgeoisie und von den Bourgeoisvertretern der Parlamente als das non plus ultra eines Parlaments, als das vollkommene Exemplar einer Volksvertretung, das überhaupt in der Welt vorhanden sei, gepriesen. Und nun — wollen die Herren Bourgeois von ihrem Reichstag nichts mehr wissen; sie sind seiner „müde“, sie wenden ihm den Rücken, und überlassen ihn der Regierung und den Oppositionsparteien.

In dieser Zeit der politischen Heuchelei hat es etwas Herzerstreuendes, denn einmal ein Abfagebrief an sie geschrieben wird. Und ein solcher Abfagebrief ist der Kagenammer-Artikel der „Magdeburger Zeitung“ über die Parlamentämde. Die Herren Bourgeois wollen nicht mehr mitmachen. Der Reichstag ist für eine Schein-Volksvertretung, und nach 14-jährigem Wohlgefallen an diesem Schwindel haben die Herren Bourgeois endlich ein Haar drin gefunden und wollen nicht mehr mitmachen.

Wirklich? Nicht mehr mitmachen? Ja — da haben wir freilich zu viel gesagt. Diese liberalen Mannesleuten sind unerschrocken, und nach den bisherigen Erfahrungen würde es uns keineswegs Wunder nehmen, wenn die Herren morgen wieder andertend vor dem deutschen Reichstag auf den Knieen lägen, und ihn abermals als die fino hour des Parlamentarismus hinstellten. Wir halten das bei der klassischen Charakterlosigkeit dieser Gesellschaft sogar für äußerst wahrscheinlich. Allein das ändert absolut nichts an der Thatsache, daß die deutsche Bourgeoisie durch das Gedächtniß ihrer Parlamentämde sich selbst und dem deutschen Parlamentarismus das vernichtendste Argument zugelegt hat. Und dies erfüllt uns mit uniger Verleibung.

Dem nämlichen Sumpfboden, wie die Parlamentämde, ist auch die sogenannte „Wahlämde“ entworfen. Das Bürgerthum ist der ewigen Wählerei und Wählerei müde. — Es will „keine Ruhe haben“, denn Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, und das Wählen führt in drängigster Weise die öffentliche Ruhe.

Um das böse Wählen auf ein Minimum zu reduciren, haben die Herren Kartellbrüder bekanntlich die jährigen Legislaturperioden zu 5-jährigen angebeht, und werden schließlich ungewissheit noch soweit kommen, ewige Legislaturperioden einzuführen, d. h. Legislaturperioden, deren Dauer nur von der allweisen und allmächtigen Regierung beschränkt werden kann, so daß schließlich nur noch dann, wenn die allweise und allmächtige Regierung es für nöthig hält, die Ruhe des braven, seiner „ersten Bürgerpflicht“ bewußten Bürgers durch „die Qual der Wahl“ gestört werden kann.

Die „Wahlämde“ des Bürgerthums ist eine nicht minder feststehende Thatsache, als seine „Parlamentämde“. Es hat den Parlamentarismus und das Wählen so an den Hund gebracht, daß die ganze Wählerei „für die Kage“ ist. Wozu sich die Aufreißer von den Thron abspitzen und dem ganz zwecklosen Vergnügen, ein Stückchen Papier in einen durchlöchernten Kasten zu stecken, einen halben, mindestens einen Viertel Tag opfern? Hat denn das deutsche Bürgerthum nicht selbst auf's gründlichste dafür georgt, daß das Wählen zu einem zweck-

lojen Vergnügen herabgedrückt wurde? Ist ihm jede ernsthafte Wahl-
optation nicht „Demagogie“, nicht „Anstas“?
Genug — das famose Wort des Fürsten Bismarck: der Parla-
mentarismus muß durch den Parlamentarismus
vernichtet werden, hat sich in der schönsten Weise erfüllt —
freilich nicht in dem Sinn, wie der Urheber es gemeint hat.
Fort mit Schanden! Dem Scheinparlamentarismus weihen wir keine
Träne nach. Das Proletariat ist zum Glück weder parlamenta-
rische noch wahlmännische und wird schon dafür sorgen, daß trotz dieses
Scheinparlamentarismus die Interessen des arbeitenden Volkes so oder so zur Geltung
gebracht werden.
Zwischen Laborist der Reichstag nach wie vor an Beschlußfähigkeit
fest. Und mit Ausnahme der Sitzungen, in denen über das Schicksal
des Sozialistengesetzes und des Reichshandels-Gesetzes endgültig abge-
stimmt werden muß, wird auch keine wirklich beschlußfähige Sitzung
dieses Reichstages mehr zu Stande kommen — es sei denn, daß
die Sozialdemokraten durch Annullationsanträge die nationalen
Faulpelze zur Erfüllung ihrer parlamentarischen Pflichten zwingen. —

— **Gl! Gl!** Unter dem Titel „Baltische Trümmer“ veröffentlicht
der „Hamburgische Korrespondent“ ein Privat Schreiben eines Schweden,
das die Zustände in den russischen Ostseeprovinzen schildert.
Nach einer Aufzählung von allerhand Mißheftigkeiten, denen die Deut-
schen infolge der Russifizierungsbestrebungen und der damit verbundenen
Satrapenwirtschaft der russischen Beamten ausgesetzt sind, heißt es
schließlich:
„Die nünftlichen oder ähnlichen Verhältnisse bestehen für Hunderte
unserer bürgerlichen Selbstbestimmten und für einen Teil des bisher
im russischen Wahlrecht verwendeten gewesenen ärmeren Adels. Aber
sein Vermögen hat und den Nachhabern nicht nach dem Maße zu
leben weiß, muß hungern oder — nach Rußland, d. h. nach Peters-
burg oder in das Innere gehen. In dem Lande, das uns seit 700
Jahren gehört, in dem wir alle Kulturarbeit getan haben, an dem
wir mit allen Würzen hängen, werden wir, die bisher die anerkannten
Herren waren, als Eindringlinge behandelt und mißhandelt. Wie das
enden wird, vermag Niemand anzugeben. Man nimmt uns unsere
Sprache, unsere Schule, unser Recht, unsere Kirche, soweit das möglich
ist, auch das tägliche Brot. . . . Rußen werden auch unsere Kinder
nicht werden — vielleicht aber Aihilisten. Sie würden damit ja
nur de dem Beispiel folgen, das die „herrschende Race“ ihnen so reichlich
gegeben hat. Nehmt's dem Kaiser's Song!“

Das ist ja eine ganz nette Drohung, die da am Schluß aus-
gesprochen wird. Und dazu gibt sich der „Hamburgische Korrespondent“ her,
dieses ordnungsliebende oder ordnungsliebenden Blätter, das jedesmal
lebhaft einstimmt, wenn irgend ein Partisan oder ein sonstiger Puff-
kämmerling in fittliche Entrüstung über die deutsche Sozialdemokratie
ausbricht, weil dieselbe wiederholt „Sympathie mit russischen Aihilisten“
ausgedrückt habe. Das ist ja wirklich eine „wunderbare Wendung“.
Wenn das so weiter geht, dann können wir es womöglich noch erleben,
daß das ehrbare Hamburger Blatt zu Sammlungen für den
Dynamitfond der russischen Aihilisten auffordert.
Uebrigens, so schofel sich die russischen Beamten gegen die Deutschen
in den Ostseeprovinzen benehmen, so sind doch alle „Verfolgungen“,
unter denen diese zu leiden haben, keines Rinderpiep gegen die brutalen
Verfolgungen der russischen Freiheitskämpfer durch die Schergen des
Zaren. Auch handelt es sich hauptsächlich nur um — freilich unrichtmässige
— Wegnahme von Privilegien. Trotzdem legt das Petergericht
seitens derselben Leute, die es ganz in der Ordnung fanden, als das
liebe Väterchen wider seine russischen Unterthanen ein Willkürregiment
in Szene setzte, das an Gewaltthätigkeit und Grausamkeit nur von
dem asiatischen Despoten noch erreicht wird. Aber das ist die alte
Leier. Wegen das eigentliche Volk ist Alles erlaubt, wird aber den
herrschenden Klassen, dem Reichtum, die „besessenen Herren“
waren, auch nur die Haut gerippt, dann erbt er alsbald ein Gefängnis,
als stände die Welt in Flammen.

— **Wilhelm II.** verspricht, wenn auch nicht grade der größte, so
doch der **theuerste seiner Zeitgenossen** zu werden. Kann, daß
den preussischen Steuerzahler eine Vohrerhöhung von 3 Mil-
lionen Mark für diesen Autumst-Weiden abgezwaht worden, soll
ihm jetzt vom Deutschen Reichstag eine Kaiser-Nacht bewilligt
werden und ist auch in der Kommission bereits bewilligt worden, die
nicht weniger als vier und eine halbe Million Mark kosten soll.
Um die ganze Unerschämtheit dieses „Griffes in den Volkstaschel“ zu
verleiden, muß man wissen, daß der bisher als Kaiser-Nacht verwendete
Autumst-Weiden erst ganz kürzlich mit einem Aufwande von
200,000 Mark neu eingerichtet und ausgeschmückt worden ist, und zwar
so prächtig, daß er, als der Reichstag auf ihm seine erste Kaiserreise
machte, selbst von dem in solchen Dingen sehr bewanderten russischen
Hof ob seiner Pracht bewundert wurde. Er hatte seiner Zeit bereits
über 2 Millionen Mark gekostet.
Die letzte Forderung wird mit der Aufricht „begünstigt“, das Schiff,
das den obersten Flottenbefehlshaber trage, müsse im Stande sein,
längere Reisen mit größter Geschwindigkeit zurückzu-
legen. Jünglich müßte es aber auch im Stande sein, das Haupt-
quartier und das ganze Gefolge des Kaisers, inklusive der zur
Fortführung der Staatsgeschäfte nötigen Beamten“ aufzunehmen,
sobald derselbe sich zur Leistung der maritimen Operationen der Flotte
einschiffet.
Nicht über zerfaßt die „Freiwillige Zeitung“ diese Begründung,
indem sie nachweist, daß man nach ihr beinahe annehmen müßte, daß
das Marineministerium einen solchen Vorstoß für eine Weltumsegelung
unter gleichzeitiger Fortführung der Staatsge-
schäfte in Deutschland heranzustellen beabsichtigt. Für den Kriegs-
fall geht der Kaiser nicht zur See, da er als Monarch nicht den
Forderungen einer Seefahrt ausgesetzt werden darf. Da der Vorstoß
weber zur Jagd auf fremde Schiffe, noch zur Kapererei, noch zum Ab-
tauchen dienst verwendet wird, ist es gar nicht möglich, daß er jedes andere
Schiff an Schnelligkeit übertrifft. Kurz, es liegt der Forderung nichts
zu Grunde, als die Sucht, zu Wasser wie zu Lande so großspurig
wie nur möglich aufzutreten.

Tamit das Land diesmal auch nicht leer ausgeht, ist in den
Reichs-Gesetz die Forderung eingedrückt, im neu zu erbauenden Hof-
gebäude in Frankfurt am Main ein Abtheilungsquartier
für den Kaiser zu errichten, das allein nach dem Anschlag über etwa
ein und eine halbe Millionen Mark kosten soll — das
ganze Gebäude ist auf 2½ Millionen veranschlagt. Nach dem Plan
wird es in luxuriöser Weise ausgestattet werden, und wird das
eigentliche „Abtheilungsquartier“ des Kaisers aus etwa 28 größeren
und kleineren Zimmern im Mittelgeschoss und dem mittleren Theile des
Untergeschosses bestehen. Natürlich fehlt dabei nicht der große Speisesaal
für die unermessliche „Brantafel“.
Kronprinz Friedrich. Der ehemalige Redakteur des „Sächsischen
Bochenerblattes“, Genosse Wittner, ist vom Dresdener Landgericht wegen
„Majestätsbeleidigung“ zu acht Monaten Gefängnis verur-
theilt worden, weil er eine von der „Freiwilligen Zeitung“ zusammen-
gestellte Liste der „Frankfurter“ x., die Wilhelm II. seit seiner Thron-
besteigung abgehalten, und die sich auf etwa 50 belaufen, abgedruckt,
und an dieselbe wenige Worte der Bewunderung über diese königlichen
Leistungen geknüpft hatte. Darin witterten die Richter, unabhängig
wie sie sind, eine unerlaubte Kritik, und obwohl in der That jeder be-
leidigende Ausdruck fehlte, blieben sie eine Verurteilung, wenigstens in
dem Strafmaß von acht Monaten für „geboten“.
„Strafmaß von acht Monaten“ fragt der Leser, „davon
steht nichts im Strafgesetzbuch.“
Freilich nicht, guter Freund, aber darauf kommt es auch gar nicht
an, sondern auf das, was „Bruch und Tütel“ ist. Und Sozialdemo-
kraten zu mindestens acht Monaten Gefängnis zu verurtheilen, das ist
„also brüchlich bei den Schänen“.

nämlich des Dresdener Landgerichts. Auch gegen den Herausgeber
eines vor mehreren Monaten veröffentlichten Flugblattes an die Wähler
von Dresden-Neustadt, Gen. Levin, hat der Staatsanwalt, obwohl
das Flugblatt nicht schärfer ist, als tausend andere, anderkraft und un-
verfolgt geblieben, nicht weniger als acht Monate Gefängnis

beantragt. Legten Dienstag sollte das Urtheil verhandelt werden; warten
wir ab, ob die Richter sich auf der Höhe der Aufgabe gezeigt haben.
Wir sind da ganz von unserm ursprünglichen Thema abgekommen.
Indes erfordern ja auch die oben geschilderten Dinge keinen besonderen
Kommentar. Sie sprechen, oder wenn man will, sie schreien für
sich selbst. Und was sie schreien, das ist Ruß! in unsern
Ohren.“ Wir können nur wünschen, daß Wilhelm II. fortfährt, in
so glänzender Weise die Monarchie zu beschätzen.

— **Wie das deutsche Unternehmertum sich den Normal-
arbeitszeit vorstellt.** Ein deutsches Unternehmertum, die „Wan-
genwerks-Ztg.“, faßt nach Staatshilfe gegen — die Herab-
setzung des Arbeitstages. Es schreibt in allem Ernst:
„Nach unserer Ansicht kommt es darauf an, daß auch die bauenden
Behörden einmal ansprechen, wie sie über das systematische Herabsetzen
der Arbeitszeit denken. Schweben die Behörden dazu, oder wollen sie
die unumgängliche oder achtsündige Arbeitszeit bewilligen, nun gut, dann
mag es so sein, und die Bertheuerung aller Arbeitsprodukte ins Ange-
messene hinein mag ihren Fortgang nehmen. Wollen aber die Behör-
den aus volkswirtschaftlichen Rücksichten gegen weitere Herabsetzungen
der Arbeitszeit eintreten, so können sie das sehr leicht, indem sie eine
bestimmte Arbeitszeit auf ihren Bauten vorschreiben oder auch wünsch-
en, um damit ihre Meinung kundzugeben. Den Unternehmern wird
ja außer hundert anderen Bedingungen gewöhnlich auch auferlegt, auf
Verlangen der Bauverwaltung so und so viele Arbeiter zu jeder be-
liebigen Zeit zu stellen, das kann auch vorgezeichnet werden, wie lange
gearbeitet werden soll. Es ist dies ja nur ein Vorschlag unsererseits,
über welchen diskutiert werden kann; aber außer Frage steht, daß die
Unternehmer allein, d. h. ohne Unterstützung der Behörden, den Kampf
gegen die sozialistischen Bestrebungen kaum werden führen können.“

Großförmig haben die Behörden ein Einsehen, und wir werden in
Zukunft bei Bedingungen durch Paragraphen wie die folgenden erkreut
werden:
„Die Arbeitszeit muß mindestens 14 Stunden pro Tag betragen.
Jede Zuwiderhandlung gegen diese Bestimmung wird mit einer Kon-
ventionalstrafe von 10,000 Mark geahndet.
Sonntagsarbeit ist obligatorisch und soll in keinem Fall unter acht
Stunden betragen. Konventionalstrafe bei Nicht-Einhaltung wie oben.
Den Arbeitern ist die Beteiligungs an Fachvereinen x. unnothig-
lich zu verbieten. Die Unternehmer sichern die Einhaltung dieser
Vorschrift durch ein sorgfältig zu organisierendes Ueberwachungs-system.
Jeder Arbeiter ist verpflichtet, dem am Ort befindlichen oder zu
gründenden evangelischen Jünglingsverein, sowie einem der bestehenden
Kriegervereine beizutreten und hat sich über regelmäßigen Besuch der
Sitzungen, Andachten x. derselben auszuweisen. Die Beiträge für diese
Vereine und sonstige Sammlungen zu religiösen und patriotischen Zwecken
werden vom Lohn zurückgehalten.“

Probaturum erit — es wird unerschbar helfen. Die goldene Aera wird
anbrechen, sobald sich die Regierungen entschließen, in solcher Weise an
die Lösung der sozialen Frage Hand anzulegen. Schrecklich aber wer-
den die Folgen sein, wenn sie das verabsäumen. Man höre nur:
„Erhalten die Bauunternehmer keine Hüfe, so kommen sie nach und
nach auf den Standpunkt, Alles gehen zu lassen, wie es geht, und alle
Forderungen zu bewilligen, denn am Ende verlieren sie am wenigsten
dabei. Es wird eben nach und nach Alles unmöglich verteuert, Ar-
beitszeit und Arbeitsleistung fallen in allen Gewerben und die Pro-
dunkte steigen in demselben Maße. Bald wird dann die Zeit kommen,
wo Deutschland oder viele Gegenden desselben zu Steuerproduzieren,
und das Ende ist: Fremde Völker arbeiten billiger als wir und ver-
drängen uns vom Weltmarkt. Ist es denn nicht ein eminent soziali-
stischer Grundlag, gegen welchen doch auch die Regierenden auftreten
sollten, darum die Arbeitszeit herabzusetzen, um „proleten“ Arbeiter
Arbeit zu verschaffen! Der Staat kann ja nicht immer darum beneh-
men, um Arbeiter zu beschäftigen. So etwas geschieht wohl vorübergehend
einmal, besonders wenn es sich um Arbeiter handelt, die „hüter“ oder
früher doch angesehen werden müssen; aber der Grundlag an sich ist
äußerst gefährlich, die Arbeitszeit so lange zu verringern, bis alle Ar-
beiter Beschäftigung gefunden haben. Wir meinen, dann wird man
noch sehr lange die Arbeitszeit herabsetzen müssen, ja das Ueberdauern
wird überhaupt nicht aufhören, bis das Volk verarmt ist.“

D schanderhaft, ganz schanderhaft, höchst schanderhaft!
Schon bei Seite, sollte man nicht meinen, in Deutschland würden die
höchsten Löhne bezahlt und sei die Arbeitszeit die niedrigste? Thatsächlich
steht es bekanntlich in dieser Hinsicht sowohl hinter England als Frank-
reich zurück. Trotzdem wird es weder einem englischen, noch einem
französischen Unternehmer — und sei er sonst ein noch so arger Arbeiter-
hölzer — einfallen, zu verlangen, daß die Behörden nicht das Maxi-
mum, sondern das Minimum von Arbeitszeit vor-
schreiben sollen. Dazu gehört wirklich ein in der Aera der Bismarck-
schen „Sozialreform“ erzeugenes Aussehen. Die Geister sind es,
welche in der erbärmlichsten aller politischen Parteien, die je in der
Welt existiert haben, im deutschen Nationalliberalismus ihre würdige
Vertretung finden.

Wahrhaft rührend ist die Unregelmäßigkeit, mit der die edlen Bau-
unternehmer, die bei hohen Arbeitslöhnen „am Ende am wenigsten ver-
lieren“, für die Interessen Deutschlands auf dem Weltmarkt be-
sorgt sind! Es wäre aber auch wirklich Witzhaft am Besten, wenn es
eines Tages hieße: Mehrere der größten Londoner, Pariser oder New-
Yorker Exportfirmen für deutsche Mietshäuser haben ihre Zahlungen
eingestellt, weil sie zu den gestiegenen Preisen nicht mehr mit anderen
Ländern konkurrieren können!
Man muß solche Schredgespenster nur näher ansehen, um sie als
Wahnsinnsprodukte zu erkennen.

— **In Berlin** wurde eine Verleumdung, in welcher der Richter
Franz Berndt, unter Bezugnahme auf den Prozeß Jöhring-Wahlow
und die im Reichstage über diese Angelegenheit gehaltenen Reden-
ungen, über das Thema: **Die Sozialdemokratie und der
Reinich** sprechen sollte, die **polizeiliche Gewehrung verlag**.
Wie wäre es mit dem Thema: **Die Hohenzollern und die
Geligkeit des Kindes?** Es ließe sich ein erbautendes Referat
darüber halten.

— **Sozialistendebatte und kein Ende.** Wenn die Herren Red-
nungsporteller sich der Hoffnung hingeben, mit der vierstägigen So-
zialistendebatte der vorletzten Woche seien sie für einige Zeit dieser
fatalen Materie enthoben, bis der Gelegenheitswurf wieder aus der Kom-
mission herausgekommen, so haben sie sich gründlich getäuscht. Die
zweite Beratung des Gesetzes und verschiedene Initiativanträge gehen
fast jeden Tag Anlaß zu einer Sozialistengesetzdebatte. In
Einzelheiten wollen wir hier nicht eingehen, sondern nur die Thatlage
feststellen haben. Dieselbe ist deßhalb auch der schlagendste Beweis
für die Abwehrtheit des reaktionären Altwelderglaubens, daß wenn das
Sozialistengesetz einmal „ewig“ gemacht sei, die Sozialistendebatte dann
aufhören würden. Die wunderlichsten Schwärmer werden jetzt ihren
Jeritum wohl eingesehen haben. Und die Sozialistengesetzdebatte
werden, so lange das Sozialistengesetz besteht, von Session zu
Session immer lebhafter und stürmischer werden. Das liegt in der
Natur der Dinge, erhebt sich die Gesträfte immer mächtiger wachsen,
und zweitens weil die Unzufriedenheit immer mehr gestiegt, und das
Rechtsgefühl des Volks immer empfindlicher verletzt wird.

„Ewiges“ Sozialistengesetz heißt „ewiges“ Sozia-
listengesetzdebatte — das mögen die Herren sich gefast kein
lassen.
— Das vorwärtsstrebende Element in **Rußland** hat es, trotz
der russischen Polizei, möglich zu machen gewagt, seinem großen
Lehrer **Tschernichewsky** eine **invasante Todtenfeier** zu
veranstalten. Allerdings mußte es dabei seine Zuflucht zu einer
Kirche nehmen — die einzige Lokalität, wo man sich in Rußland unge-
hindert versammeln darf.
Der „Arbeiter-Wochen-Chronik“ wird darüber aus Petersburg
geschrieben:
Am 1. November, 4 Tage nach Tschernichewsky's Hinscheiden in
Saratow, fand das Leichenbegängnis statt. Eine große Menschenmenge
folgte dem Sarge, welcher von seinen Freunden und Verwandten zur
letzten Ruhestätte getragen wurde.
In Petersburg fand eine **invasante Kundgebung** in einer der großen
Kirchen statt. Obgleich dieselbe durch keine Zeitung angekündigt war,
begab sich eine Menge, hauptsächlich aus der Mitte der russischen Ju-

gend, Universitätslehren und andern Studirenden, sowie den Hören-
innen der höheren Lehrkräfte, einigen Offizieren und den der Genera-
tion der 40er Jahre angehörenden Sozialisten bestehend — zur Pla-
zimirkirche, gerade zur Zeit, als das Publikum aus der Messe kam.
Das ungeheure Schiff wurde sofort von den Manifestirenden erfüllt,
ehe die Polizei dies verhindern konnte. Es wurde nach mehreren Prie-
stern geschickt, doch alle verweigerten sie, ein Requiem zu lesen. Unten-
stern warteten die Manifestanten mit Ruhe und Würde; ein junger
Mann machte daselbst eine Kollekte, welche eine beträchtliche Summe
ergab, und welche bestimmt ist, das Andenken Tschernichewsky's zu
verewigen.

Raddem man eine Stunde vergesslich auf einen Priester gewartet
hatte, begann die ganze Gemeinde, wie auf Verabredung, einen Trauer-
Choral zu intoniren. Der Eindruck, den dies hervorbrachte, ist unde-
schreiblich. Die Kirche war das einzig verfügbare Lokal, wo die Ma-
nifestirenden ihre Religion der Freiheit und Veränderlichkeit feiern konnten.
Die Priester haben Recht gehabt, fern zu bleiben und die Kirche ihnen
zu überlassen, welche nicht die traurige und trügerische christliche Demuth
lehren, sondern welche den Kampf im Namen der sozialen Gerechtigkeit
und der Befreiung der arbeitenden Menschheit verstanden.

Und diesem Kampf hat Tschernichewsky seine Schriften und sein
ganzes Leben geweiht. Sein Andenken wird nie vergehen!
Die in der Vorhalle in geringer Anzahl versammelte Polizei war
ganz bestürzt und mußte nicht, was sie thun sollte. Sie hatte keine
Kenntniß von der Sache erhalten. Der Polizei-Offizier begab sich
ruhig in der Vorhalle abzuwarten, bis die Menge wieder hinausströmte,
und forderte sie auf, auseinander zu gehen. Mit gehobener Wut
und dem Bewußtsein erfüllter Ehrenpflicht bogab sich Alles, ohne sich
um die Polizei zu kümmern, nach Hause, ehe Gensdarmen und Kosaken
Zeit gehabt hätten, ihre Pferde zu stellen und den Umläufen letzten At-
t russischer Demonstration zu organisiren. Von alledem kein Sterbens-
wörtchen in der russischen Presse! . . .

Auch die bürgerliche Presse des Auslands übergeht das bemerkens-
werthe Ereigniß mit Stillschweigen. In französischen Blättern las man
einen Bericht aus Petersburg, daß in Ehren eines Aihilisten, der
zwanzig Jahren in Sibirien zugebracht, von einem Genossen eine
Manifestation in einer Petersburger Kirche veranstaltet worden sei.
Eines Aihilisten, das ist wirklich sehr bezeichnend. Das ist un-
gesehen dasselbe, als wenn man von Diderot als „einem französischen
Schriftsteller des vorigen Jahrhunderts“ spräche. Dagegen entnehmen
wir der **Notiz** mit Vergnügen die Nachricht, daß die erwähnte Mani-
festation nach einigen Tagen wiederholt worden sei. Das deutet
auf eine hochentwickelte Kräftigung der freiwilligen Bewegung in
Rußland.

Ueber die letzten Tage Tschernichewsky's heißt es in
der erwähnten Korrespondenz unseres Bruderorgans:

Dieser außerordentliche Mann fand die Weltgezeit, täglich 16 bis
18 Stunden zu arbeiten. In der letzten Zeit, als er schon krank war,
arbeitete er 14 Stunden und bewahrte trotzdem seine Arbeitslust und
seine gute Laune im Verkehr mit guten Freunden. Am Tage vor
seinem Tode diktierte er noch 16 Druckseiten Uebersetzung von Webers
Weltgeschichte und wunderte sich bei seinem Aben Befinden über seine
eigene Energie. Hierauf trat Schüttelfrost ein und einige Stunden vor
seinem Tode Delirien, dabei diktierte er zeitweilig sein letztes Werk. Er
starr, wie er gelebt hat — arbeitend.“

— **Das Eiberfelder Monstrum** — nicht mit Unrecht nennt es
die Eiberfelder „Freie Presse“, im Hinblick darauf, daß die meisten
deutschen Vaterländer auf der Anklagebank vertreten sind — **Deutscher
Reichs-Sozialistenprozeß** — hat also richtig am 18. ds. Mts.
seinen Anfang genommen. Von den 91 Angeklagten sind am ersten
Tage 87 vor Gericht erschienen, zwei sind imputhosen ausgewandert,
einer war durch Krankheit am Erscheinen verhindert und einer
war durch Gerichtsbeschluss vom Erscheinen enthoben. Das Verthe-
der Angeklagten hat, soweit uns Bericht vorliegt, bis jetzt nichts be-
sonders Bemerkenswerthes. Bebel, der bereits am ersten Tage zum
Verhör kam, legte das frühere Verhältnis der sozialdemokratischen
Reichstagsfraktion zum „Sozialdemokrat“ dar, das nach dem Freiburger
Urtheil bekanntlich vollständig gelöst wurde.
Fortsetzung in nächster Nummer.

— **Rehren sie um?** Wie dem „Wähler“ mitgetheilt wird, sind in
Leipzig bei der Wahl zweier Vorsteher aus der studentischen
Mitgliedschaft für die dortige studentische Hochschule zum
erstenmal die Antisemiten durchgefallen. Weiter wurde mit
großer Majorität beschlossen, auf das „Berliner Volksblatt“ zu abon-
niren, ein Antrag, das „Recht auf Arbeit“ abzuschaffen, abgelehnt und
das Wiederabkommen der „Neuen Zeit“ beschlossen. „Wegen dieser
Wähler“, schreibt der „Wähler“, waren allemal die Antisemiten. Ja-
wohl, immer auf die Sozialdemokraten schimpfen, aber nur keine Be-
lehrung über das Wesen und die Forderungen derselben annehmen.“
Nun, das war von vielen traurigen Heiden auch nicht anders zu
erwarten. Doch sie aber in Leipzig, wo sie Jahre lang vollständig den
Ton angaben, so gründlich geschlagen worden, das ist ein sehr er-
freuliches Zeichen der Zeit, von dem wir mit Vergnügen Notiz nehmen.
Die Reaktion hat, scheint es, auch in Deutschland ihren Höhepunkt über-
schritten.

— **Sowohl der Parteitag der Genossen Rheinlands und
Westfalens** als der der **sächsischen Genossen** — beide fanden
vorletzte Woche statt — waren glänzend besucht. In Eiber-
feld waren 91 Orte aus 28 Wahlkreisen, in Dresden fast sämt-
liche sächsischen Wahlkreise vertreten. Die Zahl der Theilnehmer an
den Verhandlungen in Eiberfeld wurde auf dreitausend geschätzt.
Auf einen eingehenden Bericht müssen wir hier heute verzichten, und
brücken daher nur unsere Bemerkung aus über diese großartigen Mani-
festationen der Kampfbereitschaft und Kampfesfreudigkeit der Genossen.
Glück auf zum Sieg!

— **In der Kommission zur Prüfung des Sozialistengesetzes**
sind als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Singer
und war an Stelle eines fortgeschrittenen Mitgliedes, dessen
Namen die Fraktion der Deutschfreisinnigen den Sozialdemokraten ein-
geräumt hat. Betreffs dieses stellvertretend ad hoc, das leicht falsch deut-
scheit werden könnte, wird uns mitgetheilt:

„Der Gedanke, daß wir Sozialdemokraten und in einer Kommission
vertheilen lassen, deren Aufgabe es ist, unserer Partei den Strich eines
„ewigen“ Ausnahmegesetzes zu brechen, hat auf den ersten Anblick etwas
Abstoßendes, und dieses Moment wurde vermuthlich auch bei den Be-
rathungen der Fraktion ins Auge gefaßt. Aber die Mehrheit lagte sich
offenbar, dies sei eine falsche Annahme der Sachlage. Die Kommission
hat nicht die Aufgabe, ein Sozialistengesetz anzufertigen, sondern
den dem Reichstag vorgelegten Entwurf zu prüfen; sie kann den
Entwurf annehmen, verändern, zurückweisen, ganz nach Gutdünken; sie
steht also über dem Entwurf und nimmt ihm gegenüber gewissermaßen
die Stellung eines Richters ein. Ein sozialdemokratischer Abgeord-
neter, der in der Kommission sitzt, hat demnach nicht die Stellung eines
Angeklagten oder gar Berathers, über dessen Abstrafung
oder Hinrichtung verhandelt wird, sondern hat vielmehr das Amt
eines Richters, der über das neue Sozialistengesetz zu Gericht sitzt.
Und das kann doch unmöglich als etwas seiner Würde und der Würde
seiner Partei zumberlaufendes aufgefaßt werden. Es bleibt hiernach
nur die Frage: liegt die Theilnahme eines Sozialdemokraten in den
Kommissionsberatungen im Interesse der Partei? Und diese
Frage wurde jedenfalls von der Fraktion mit Ja! beantwortet. Ein
Mitglied der Fraktion hätte zwar, auch ohne der Kommission anzuge-
hören, den Sitzungen der Kommission regelmäßig beiwohnen können —
jedoch Reichstagsmitglied hat dieses Recht — er hätte jedoch an den
Kommissionsitzungen nur als stummer Zuhörer und höchstens noch als
Schriftsteller mitwirken können; und man sagte sich wohl, daß auf solche
Weise nur in sehr ungenügender Weise dem zu Tage liegenden Zweck:
das Material vor die Kommission zu legen, hätte entsprechen
werden können. Daß es aber ein Vortheil ist, der Kommission, in
deren Schoße die Entscheidung getroffen werden wird, mit Material
gegen das Sozialistengesetz aufzutreten, das in so ein-
leuchtend, daß es einer Beweisführung gar nicht bedarf.
Unter allen Umständen haben wir zu der Annahme kein Recht, der

*) Es wird gebeten, diesem Wort keinen falschen Sinn unterzulegen.
Ann. d. Seyers.

Sozialdemokratischen Fraktion seien, indem sie von dem Anerkennen der Fortschrittspartei Gebrauch machte, Verpflichtungen gegen diese erwachsen. Das die Herren Freimüthigen einen ihrer Siege in der Sozialistengesetz-Kommission an die Sozialdemokraten abtraten, war sehr anständig, allein es würde weder anständig noch klug gewesen sein, wenn eine Bedingung oder die Erwartung von Gegenleistungen an das Anerkennen geknüpft worden wäre. Der St. Galler Beisatz ist nach wie vor für die Partei maßgebend und die Fraktion besteht nur aus Parteimitgliedern.

Herr Johann Orth — der Name ist dem Leser wohl unbekannt? Nun, wenn ihm ein Mann dieses Namens begegnen sollte, dann kann er ihm getrost die Hand reichen — ohne Furcht, sich durch die Berührung zu verunreinigen. Herr Johann Orth ist allerdings ein etwas seltsames und fremdartiges Wesen. Er ist nämlich erst wenige Tage alt und doch schon ein Mann — und zwar ein Mann in der Doppeldedeutung des Wortes: ein ausgewachsenes Individuum männlichen Geschlechts und ein männlicher Charakter. Wir sprechen in Rätheln? Die Sache geht jedoch sehr natürlich zu und erklärt sich auf die einfachste Weise von der Welt: Herr Johann Orth hat früher schon einmal unter einem anderen Namen gelebt, und unter diesem anderen Namen auch viel von sich reden machen. Viel und mit Güte. Er war etwas unvorsichtig gewesen in der Wahl seines Vaters und seiner Familie. Er hatte das Bed, daß sein Vater ein dresdenerischer Erbschwarz war und seine Familie das „Haus Habsburg“, welches gewissen andern alten Häusern z. B. dem Haus Bourbon, dem Haus Hohenzollern“ u. s. w., an Vererbung (die Hofstellen) (sagen „Namen“) ungefähr erbschuldig ist. Herr Johannes Orth ist derlei Herrscher Johann Salomons Habsburg, dessen tapferen Entschlüsse, seinen Stand und Rang abzuschießen und ein anständiges Leben ehrlicher Arbeit zu führen, wie schon vor Wochen gemeldet hatten. Diesmal ist er bei der Wahl seines Namens vorsichtiger gewesen — wer den Namen Orth näher betrachtet, wird finden, daß es nur einer Umstellung der beiden ersten Buchstaben bedarf, um die richtige Farbe herauszubekommen. Der Johann Orth ist ein mit dünnem Flor umhüllter Johann Roth.

Vivat sequens!

Die österreichische Arbeiterpresse hat einen neuen Zuwachs erhalten. Seit Mitte Oktober erscheint in Reichenberg (Böhmen) „Der Freigeist“, sozialdemokratische Zeitschrift für das arbeitende Volk; verantwortlicher Redakteur ist Genosse Karl Schiller, Herausgeber die Genossen J. Schiller und Wagner. Er erscheint am 2. und 4. Donnerstag jeden Monats.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ wendet dem neuen Kollegen folgenden Gruß:

Endlich also hat der größte Industriebezirk Böhmens wieder ein Arbeiterorgan. Aus bekannten Gründen hat lange genug das Partei-Leben dortselbst geruht, wenn auch nicht gefehlt. Die Zeit der energischen Thätigkeit ist wieder gekommen. Der „Freigeist“ konstatirt, daß die bewußte Arbeiterklasse Reichenbergs auf dem Boden des hiesigen Programms stehe, und daß „alle persönlichen Meinungsverschiedenheiten in den Hintergründen treten, sobald es sich um die Interessen der ganzen Arbeiterklasse handelt“.

Wir begrüßen den längst erwarteten Schritt auf das Herzlicste. Wir wissen, daß es ein heißer Boden ist, auf dem die Reichenberger kämpfen müssen, aber die Genossen anderwärts in Oesterreich sind gerade auch nicht auf Rosen gebettet, und wir haben das feste Vertrauen zu dem Muth und der Fähigkeit der nordböhmischen Genossen, daß sie Wort halten werden, wenn sie versprechen, sich durch keine wie immer geartete Verfolgung von der Oberfläche des öffentlichen Lebens verdrängen zu lassen.

Und somit herzliches Glückauf! dem wiedererstandenen Kampfgenossen.

In Brasilien hat in den letzten Tagen eine „Revolution“ stattgefunden. Die Regierung des Kaisers Dom Pedro ist abgesetzt, dieser selbst mit einer recht hübschen Abfindungssumme und einem ebenförmigen Auswärtigen nach Europa geschickt, und die Republik der „Vereinigten Staaten von Brasilien“ proklamirt worden. So weit, so gut. Um für die neue Wendung der Dinge Vorprognosen zu machen, wird behauptet, sie richte sich weniger gegen Dom Pedro, der als ein anständiger, aufgeklärter Mann bekannt ist, als gegen die Thronfolgerin, die, ebenso wie ihr Gatte, fanatisch Kerlitz gekannt ist.

Das mag stimmen, richtig ist aber auch, daß die republikanische Partei erst eine Macht geworden ist, seit sich ihr ein Theil der ehemaligen Sklavenbefreiungspartei angeschlossen hat, gedegerte Neoliberalen, die in der Republik ihre Interessen mit weit mehr Radicalität geltend zu machen hoffen. Und der föderative Charakter der neuen Republik dürfte ihnen das Spiel noch erleichtern.

Auch das Wirken der Militärpartei bei der neuesten „Revolution“ läßt uns dieselbe in sehr bedeutsamer Licht erscheinen. So vernarrt sind wir nicht in die republikanische Regierungsform, um sie unter allen Umständen umkehren zu beabsichtigen. Was wir vielmehr ab, was dieselbe dem Volk Gutes bringen wird.

Gegen die Artikel der Frau Nadeje in No. 39 und 40 des „Sozialdemokrat“ ersucht uns Genosse Paz (der dieselben erst nachträglich zu Gesicht bekommen) einigen Bemerkungen seinerseits Raum zu geben. Obwohl wir der Meinung sind, daß dieselben in der Hauptsache nur in Wiederholungen früherer Behauptungen bestehen, glauben wir doch dem Wunsche nachkommen zu sollen, damit unser, überall „Frauenherrschaft“ witternder Freund nicht in die Lage kommt, sich über ungleiche Vertheilung von Luft und Licht im „Sozialdemokrat“ beklagen zu müssen. Hören wir ihn also:

„So ich nicht zu denen gehöre, die weil sie auf einen Angriff nicht antworten können, sich mit der beneideten Anrede begnügen, es sei nicht daran zu denken, so gestatte ich, bitte, daß ich mich gern bereit erkläre, auf die betreffenden Artikel einzugehen, mit Ausnahme nur des Punktes betreffend die Geschwänze, welcher Frage ich nicht gewachsen bin, und zwar aus dem einfachen Grunde, daß ich kein Physiologe bin. Es kam mir nur darauf an, zu zeigen, daß Bebel keine stichhaltigen Beweisgründe in Bezug auf dieses Kapitel für seine Ansicht beibringen habe. Ich gebe gern zu, daß es mit Frau Nadeje in dieser Beziehung viel besser steht. — Da ich weiß, daß der Mann des „Sozialdemokrat“ sehr in Anspruch genommen ist, will ich nur auf ein paar Stellen zurückkommen.“

1) Was die Leistungen auf dem Gebiete der Kunst anbelangt, so hilft es nichts, die Sache zu machen. Neuzugänge genügen die Frauen denselben Unterricht in den Kunst-Konkurrenzen sowie in den Vater-Kindern wie die Männer, und doch haben sie nicht einmal einen Zulißen, geschweige denn einen Wagner, Brahms, Raff, Verdi, Händel, hervorgebracht. Natürlich wird die ewige Frauen-Treuepflicht Stolz-Schuld-Diät noch einmal angeführt; aber gerade, daß sie immer vorgebracht werden, sollte ein Beweis sein, wie kläglich es sonst in dieser Hinsicht aussieht.

2) Frau Nadeje fragt, ob nicht die Mehrheit des weiblichen Geschlechts mehr der kapitalistischen Tyrannie auch diejenige der Männer zu erröthen habe. Ich antworte mit einem entschiedenen Nein! Im Gegensatz, in angelsächsischen Ländern wenigstens haben die Männer „mehr der kapitalistischen Tyrannie“ diejenige von Weibern zu ertragen, die gänzlich zu Gunsten der Frauen und zum Nachtheil der Männer geschwieben sind und ebenso gehandhabt werden. Frau Nadeje weiß offenbar nicht, daß in England eine Frau einen solchen Eid gegen einen Mann ablegen und ihn vor Gericht ziehen kann, trotzdem sie keine Fesseln hat — mit der Sicherheit, jedenfalls straflos auszugehen.

In vielen Staaten Amerikas darf, obwohl die Frauen freie Verfügung über ihr Eigentum haben, ein Mann das heimliche nicht anerkennen ohne die Einwilligung seiner Frau. Ein englischer Arbeiter erfährt zu seinem Schaden, was es heißt, eine solche Frau zu haben, in deren Hände das Gesetz die ganze Macht über seinen Haushalt gibt — sie kann seine Möbel verkaufen, sein Geld mit Zinsen und Wuchszinsen vertheuern, kurz, thun was sie will. Sogar wenn sie ihn verpachtet, hat die überwiegende Chancen, daß sie freigesprochen werden wird. Wenn er dagegen in Form nur mit den Fingerjungen das heilige unantastbare Weib anrührt, bekommt er jedes Monate Gefängnis und sie ein Scheidungs-Urtheil mit gehörigen Unter-

haltskosten. Ich könnte solcher Beispiele unendlich mehr anführen, doch es ist genug gesagt worden, zu beweisen, daß wenn heutzutage die Frauen als unterdrückt bezeichnet werden sollen, die Begriffe von Unterdrückung und Privilegium ihre Bedeutung verlustig haben müssen. Neu-modische Unterdrückung heißt daselbe wie altmodisches Privilegium. Wenn das nicht der Fall ist und diese Worte nach altem Gebrauch angewendet werden, dann sage ich, ein hohlerer und albernere Schwundel ist nie in der ganzen Geschichte aufgetaucht, als das moderne Geschlecht über die „arme unterdrückte Frau“ (abgesehen natürlich von ihrer Stellung als Proletarin) — Ich wiederhole es, die Frau ist nie unterdrückt gewesen als Frau — d. h. als Geschlecht — und heutzutage ist sie als Frau nicht nur nicht unterdrückt, sondern privilegiert, und am meisten grade in den fortgeschrittenen Ländern der kapitalistischen Produktion — Amerika und England.

Frau Nadeje wiederholt die alte Behauptung, daß die Prostitution immer durch Hunger hervorgerufen werde, daß das aber in der überwiegenden Mehrheit der Fälle unrichtig ist, sollte sich Jeder wissen. Die wirkliche Ursache der Prostitution liegt darin, daß es eine Menge Frauen gibt, die lieber bummeln als arbeiten. Unter den heutigen Bedingungen der Arbeit ist das ja ganz natürlich. Ich tadle sie nicht, aber will nur darauf aufmerksam machen, daß die Proletarinnen besser besetzt ist, als der Proletariat. Wenn ihr die Arbeit unangenehm wird, hat sie immer den Ausweg der Prostitution. Wenn ich aber die Arbeit unangenehm wird, hat er keinen Ausweg. Er muß dabei bleiben oder verhungern. Es mag eine schlechte Wahl sein, aber immerhin ist es eine Wahl, und das es nicht immer so schlecht ist, wie man der Erbauung halber behauptet, beweist die Masse von Frauenhimmern auf den Straßen, die tropfen besser und gelinder aussieht, wie die Mehrzahl der Fabrikarbeiterinnen. Schwere anstrengende Arbeit unter unangünstigen Umständen ist mehr gesundheitschädlich als das Bummeln.

3) Wie schon öfters gesagt, ich erziehe die Gleichstellung der Geschlechter, aber billigerweise halte ich dafür, daß die Frauen kein Recht auf die politische Macht haben, bis ihre irdigen geistlichen und gesellschaftlichen Bedorfnisse abgedeckt worden sind. Die Folgen dieser steht man auch in England. Wo das Gesetz die Frau zu einer Tyrannin hemmelt, empört sich der Mann dagegen, und die Frauen werden gelegentlich mißhandelt. Brutale Strafen gegen die Männer zu Gunsten der Frauen helfen nichts. Die erste Bedingung der Gewinnung der politischen Macht sollte eine wirkliche Gleichheit vor dem Gesetz sein. Sobald das geschieht, haben die Frauen das Recht, zu verlangen, daß sie ihre politische Thätigkeit ausüben dürfen — aber nicht eher.“

So Paz. In einer Wiederaufnahme der Polemik gehen uns seine Ausführungen keinen Anlaß. Das mit von seiner Methode, geschickliche Erscheinungen zu erklären, halten, bis wir selber bereits gesagt, und seine obigen Darlegungen, besonders seine Bemerkungen über die Prostitution, sind sicher nicht geeignet, unsere Ansicht umzuwerfen.

Korrespondenzen.

Gotha. Am Sonntag den 3. ds. Mts. legten verschiedene Genossen Namens der Partei einen Kranz nieder auf die Urne unseres verstorbenen Genossen Albert Duff, neben dem nunmehr auch seine Frau ruht.

Die rothe Wacht.

Sao Paulo (Brasilien) im Oktober. Die deutschen Genossen werden bereits geleitet haben, daß im Lande der Kaiserkrone und ehemaligen Sklavenländer, also im gelobten Lande Brasilien, für den Aufbau der deutschen Arbeiterpartei gesammelt worden ist. Die Umstände, unter denen dies geschah, sind folgende: Am Anfang Juli d. J. kamen, auf Anregung eines Genossen, eine Anzahl hiesiger Sozialisten zusammen, um eine Sammlung für den Aufbau der deutschen Genossen ins Leben zu rufen. Obwohl in der betreffenden Zusammenkunft bereits Sammelstellen anlagen, welche von zwei Genossen angeführt in Diskussion gelegt worden waren, beschloß man, nun noch einen Antrag zur Entgegennahme von Sammelstellen zu erlassen, welcher auch in der hier erscheinenden deutschen Zeitung „Germania“ veröffentlicht wurde. Eine andere hier erscheinende deutsche Zeitung mit dem pompösen Namen „Freie Presse“, welche für die Sozialisten den Namen „Die Sozialisten“ erwidert hat, und in der alle Gelegenheiten, wo sie über Sozialisten schreibt, gebraucht, lehnte es ab, den Antrag zu veröffentlichen, indem sie erklärte, sie gehe „mit Bismarck durch die Däm“. Auch eine angenehme Beschäftigung, doch hören wir das edle Wort darin mit. Was nun die „Germania“ anbetrifft, so kann man zwar manchmal in Zweifel geraten, welche Richtung oder Partei dies „arbeiterfreundliche Organ“ angeht, doch muß lobend anerkannt werden, daß dieselbe der Sammlung alle mögliche Unterstützung zu Theil werden ließ, ohne die die Sammlung nach meiner Ansicht vielleicht lange nicht so gut ausfallen wäre. Diefelbe hat die Summe von 375 Mreiss — 301 — Ml. ergeben; es ist zwar nicht viel für ein so großes Land wie Brasilien, aber es muß berücksichtigt werden, daß sich nur die Provinz Sao Paulo an der Sammlung betheiligt hat, und zwar folgende Ortsstellen: Sao Paulo, Santos, Limeira, Campinas. Dagegen haben Porto Alegre, Rio de Janeiro, Bahia u. s. w., wo doch wohl eine sehr große Anzahl Deutsche wohnen, sich auch nicht mit einem Reichthum betheiligt, obwohl der Antrag dort ebenfalls gelesen worden ist. Doch darum nicht verzagt; aller Anfang ist schwer, und wir hoffen, daß beim nächsten Mal die betreffenden Orte das nachholen, was sie jetzt versäumt haben.

Das man hier mit viel mehr Indifferentismus zu kämpfen hat, als in der alten Welt, hier, wo sich eine richtige Arbeiterklasse noch gar nicht gebildet hat, wo alles noch gewissermaßen im Uebel liegt, wo die Zahl nach Reichthum viel stärker wächst, als es vielleicht in Nordamerika der Fall ist, wird jeder leicht einsehen. Es hilft sehr schwer, seinen Fuß zu fassen, doch der Grundstein ist gelegt und nun vorwärts, damit der Bau bald vollendet werde. Uebrigens haben sich in Bahia, Rio de Janeiro Arbeiter-Organisationen gebildet mit dem Namen: „Partido dos Artistas“, auf deutsch: „Arbeiterpartei“. Zweck und Ziel habe ich noch nicht in Erfahrung bringen können, wahrscheinlich ist es so eine Art Feig, welche sagen freimüthige Partei.

Ueberhaupt ist, glaube ich, kein Land der Erde so mit Parteien besetzt, wie Brasilien, aber unter allen diesen möchte man mit einer Ausnahme lachen, wenn man nur eine finden wollte, welche sich mit der Lage der Arbeiter befaßt. Keine einzige hält das für nöthig, sie denken alle, wie die arbeiterfreundliche „Germania“, die da schreibt, „daß der Sozialismus hier kein Boden sei und auch kein Bedürfnis nach demselben.“ Da nun wohl Brasilien ein reiches Land sein, ein Paradies auf Erden? Wo auf, nach dem gelobten Land Brasilien!

Welt gefehlt, man könnte ganze Bände schreiben über die elende Lage der Arbeiter!

Das jetzt endlich die Ideen des Sozialismus ihren Einzug in den Urwäldern Brasiliens gehalten haben, und schon Früchte tragen, darüber werden sich gewiß mit uns die Genossen Deutschlands freuen, aber! aber!, was werden wohl die modernen deutschen Klaustrer und Reichspfleger mit ihrem neuen Alten Heis, Lehmann II., und dessen Hausmeister Gernegroß dazu sagen? Es wäre nur zu wünschen, daß die deutschen Arbeiter bei der bevorstehenden Reichstagswahl der Blutegel-Gesellschaft eine ganz gehörige Portion heimzählen. Das wir hier im Verhältniß so viel Geld zusammenbrachten, ist dem nächsten Seldem Wilhelm II. zu danken. Als hier die Worte des Königs bekannt wurden: „Laß alle über den Haufen fahren“, demütigte sich der hiesigen deutschen Arbeiterklasse eine nicht geringe Erregung. Viele, die noch an die allseitig machende Herrlichkeit des Landes der Gottesfurcht und frommen Sitten glaubten, wurden durch ihren Oberhohen eines Besseren belehrt, und als pflichtgetreue Unterthanen glaubten sie ihm zu danken, daß er sie nicht über den Haufen zu werfen, sondern ihnen den Weg gezeigt hat, den sie wandeln sollen. Nur immer so fortzufahren, und die deutschen Arbeiter werden wohl zur Zeit eine Antwort geben, die Haare auf den Nerven hat. Und nun zum Schluß ein „Glück auf zur Reichstagswahl!“ von den Genossen im fernem Brasilien.

Der rothe Missionar.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion veröffentlicht nachstehende Quittungen:

November 1889.

Wir theilen hieburch unseren Parteigenossen mit, daß für Unterführung vom 1. Juli bis 30. September folgende Beiträge bei den Unterzeichneten eingegangen sind:

a) Für den Unterführungsfond:

Ren-Steppin Ml. 7.—, A's Rentenbeitrag 1359.—, Ludwigshafen a. Rh. 36.40, Pforzheim 3.—, St. durch 2. im Schwargenborte 10.—, Herzberg 10.—, Schafsbil 40.—, Reichenbach 50.—, Meerane 79.—, Ulm 100.—, Braunshweig 50.—, Hannover 300.—, am dem 4., 5. u. 6. Mdt. Wahlkreis 50.—, G. W. Berlin 5.—, Frankfurt a. M. 100.—, G. Kopsch 1.95.—, J. Kowitzky 24.24, Rudan 29.80, Rudan 30.50, Nürnberg 75.—, Rodlitz 13.50, Brandenburg 25.—, Vörsung 20.—.

b) Für den Wahlfond:

Bücher Ml. 3000.—, Ungarn 2400.—, Mann im Rhod 1000.—, A. H. J. 150.—, Wittingen 22.—, Rhein 50.—, Halberstadt 50.—, Hensdorf 50.—, Bielefeld 100.—, Hannover 500.—, am Württemberg 250.—, mehrere sozialistische Partien's Gründungsbeitrag 2000.—, A. J. 1889 90.—, Helmstedt 15.55, Kleinfrieden 5.50, Giespan 20.—, Donabritz 50.—, Schwewe 17.—, Hartz 40.—, Kassel 100.—, Spena 10.—, Nordhausen 30.—, Kassel 100.—, Hartz 20.—.

c) Zur Unterführung der überfelder Angehörigen und deren Angehörigen:

Aus: Bredow bei Stettin Ml. 20.—, Acherleben 1.60, Frankfurt a. M. 128.20, Rosdorf 22.75, Bielefeld 50.—, Friedrichshagener Handhuhmacher 26.45, Friedrichshagener Forster 10.—, Friedrichshagener Arbeiter 20.—, Hannover 50.—, Sorau R. V. 30.—, Döbeln 6.40, Cederan 10.—, Königsberg i. Pr. 77.05, A. Oßers 5.—, Lumbach 10.—, Alt-Döbel 2.—, Kallerslautern 1.20, Gröschel 5.—, Hensberg 50.—, Siegen 11.—, Döbeln 12.—, Obergirichen 3.70, Helmstedt 7.—, Augsburg 30.—, Friedrichshagen 10.—, Montign 6.—, Suhl 15.—, Kottbus 50.—, Döbeln 28.—, Jutta 18.50, Potsdam 30.15, Nordhausen 30.—, Seltman 1.25, Barmuth 11.80, Reich. all. Liste 39.31, A. Bredow 25.00, Rosendorf 20.—, Gienburg 25.—, Rodlitz 16.75.

A. Bebel, A. Grillenberger, W. Liebschütz, G. Meiser, P. Singer.

Briefkasten

Der Erbeiffen: Johann: Ml. 1000.— a. Gto. Rh. x. am 14/11 erh. u. sofort nach Wunsch anvert. — Oehr. Dungs, St. Louis: Bd. 6.3.2 a. Gto. Rh. x. erh. u. mit Fr. 154.— gutgeh. — Werden allezeit unser Beites um wie Sie u. wir höher. — J. B. Wülfel und Gröhe in der: — Komitee Sao Paulo: Ml. 881.— (Paris. 375.—) für den Reichstagswahlfd. gesammelt in den Städten St. Pauls, Santos, Campinas und Limeira durch Herrn Dreßig am 18/11 u. c. zugeführt erh. u. weiteres nach Wunsch befort. — Sozialist. Dank und Gruß allerseits. — Meiner Sozialdemokrat: Ml. 30.— f. Rh. „Zit“ per 30 u. a. Gto. erh. — Samml. f. d. R. v. 1889 u. 90. — 23. Offiz. London: 8 Pa. f. Sdt. erh. — J. J.: Sh. 1.87, f. Sdt. erh. — G. D. Rocheter: Sh. 4.— Ab. 1. u. 2. Da. 90 erh. — Ab. geord. u. Fr. 10 mit 47 abgehand. — Mar: Ml. 100.— a. Gto. Rh. x. erh. — Betr. des Allen ist aber ein Abmildungsmodus zu vereinbaren. — J. B. D. G.: Ml. 5.— Ab. 4. Da. erh. — Nachfr. mit 47.— — Rother Geberet: Nachr. v. 13/11 erh. — Beil. dem Archiv angefolet. — D. B. a. Spr.: Ml. 23.85 f. Berl. gutgeh. — Pflüg. (A. Fr.) sollte doch länger dort sein. — Urania: Unbegreifl. — Prompte Nachrichten aber sind nur möglich, wenn mensliches Gutes Einsegnung gemeldet wird. — Th. B.: Ml. 4.— f. Porto u. Sdt. erh. — Pflüg. am 12/11 abga. — U. N. B. Berlin London: Bd. 1.10.— a. Gto. Rh. x. erh. — Nale. Pn.: 2/3 Pa. f. Sdt. u. 3/3 Pa. per Uds. Ml. erh. — Nanc: Ml. 50.— baar erh. u. Ml. 13.65 per Gar. a. Gto. Rh. x. gutgeh. — Weiteres Bd. — A. B. L.: Sh. 8.3 f. Sdt. erh. u. Sdg. in zwei Theilen bewirkt. — Rth. Wülfel: Ml. 40.— Gto. Rh. x. zu Th. Pflüg. erh. — Pflüg. u. Rh. notirt. — Biel. Beizungal — Kanthas: Ml. u. B. S. v. 18/11 sowie f. d. B. erh. — R. V. gutgeh. — Rother Gabu: Pflüg. und Rh. f. Beilage v. 14. geord. u. bh. am 18. Weiteres berichtet. — Geschichte: Unfruchtbar am 18/11 bh. verb. — Dallen: Sie sich fremam an das „Spüliche“, aber nicht an das Vierteljährliche. — Die Rothen S. G.: Wülfel an die am 18/11 gemeldete Bd. erwartet. — Nra. Rh. notirt. — Muth u. Kraft: Nachr. v. 12/11 erh. — Nelly 111.: Noid S. B. erh. — Nachr. betr. G. erwartet. — Meilin: Anfrage v. 16. am 19/11 bh. erledigt. — Reichender: Pflüg. war schon fort. Ueber Entschloßenes verfügen demnach. — Trammitt: Mehrbülgl. u. B. B. Ab. v. 15/11 erh. — Pfl. Weiteres. — G. A. B. Berlin London: Bd. 3.3.— 1. Nale. f. die d. d. d. Reichstagswahlen gesammelt i. G. A. B. B. Bd. erh. — Rth. Andreasberger Pn.: Sh. 3.— per Uds. Ml. erh. — Württemberg: Ml. 10.— a. Gto. Rh. 3. Da. erh. u. Rh. geord. — Beilchenheit: Nachr. v. 18/11 erh. — Fortsetzung angehen. — Wuch: Referenzen v. 17/11 Ml. erh. — Gemüthliches wird befort u. Rh. notirt. — Gröhe dery. erwidert. — Karl Schwarz: Nachr. v. 17/11 hier hier und entsprechend verwendet. — Pflüg. u. Rh. folgt. — Rth. Kämpfer: Nachr. v. 18/11 erhalten. Weiteres demnach.

Anlässlich Schrenghemsky's Tod

Ist das Interesse an diesem berühmten russischen Denker neuerdings in weitem und besonders jüngeren Kreisen gewachsen worden. Wir empfehlen daher allen Denen, die sich über Schrenghemsky's Bedeutung und Standpunkt näher unterrichten wollen, folgende Schriften:

Ein Komplott gegen die internationale Arbeiter-Assoziation.

Uebersetzt von S. Kotochik.

Preis 50 Pfg.

Unsere russischen Angelegenheiten.

Von S. Solowiewitsch.

Uebersetzt von S. P. Barthelme.

Preis 25 Pfg.

(Porto im Einzeldruck extra.)

Für die bevorstehende Wahlperiode empfehlen wir den Genossen:

Die parlamentarische Thätigkeit

des

Deutschen Reichstags und der Landtag von 1874—76.

Befunden von A. Bebel.

Preis 35 Pfennige = 45 Cts.

Zahlreichen Bestellungen sehen entgegen

E. Bernstein & Co.

114 Kentish Town Road, London, N. W. (England.)